Mittwoch, 7. August 192[illegible]
11. Jahrg. Nummer 18[illegible]

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Tel. 560 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 11—12, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 16, Tel. 4065; Oppeln, Waldenstr. 11, Tel. 1364; Görlitz: Lunitz 5, Telephon 2364. Geschäftsstelle: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Verschärfung im englischen Textilarbeiterkampf

Weitere 13000 Mann entlassen — Arbeiter gegen jeglichen Lohnabbau — Rote Gewerkschaftsinternationale unterstützt

(Eig. Drahtb.) London, 6. August.

Eine Konferenz der Kontrollmänner von Lancashire hat mit großer Mehrheit Verhandlungen mit den Unternehmern auf der Grundlage einer Lohnherabsetzung abgelehnt.

*

TU. London, 6. August. Die Lage in der Baumwollindustrie in Lancashire hat sich am Montag weiterhin verschärft, da in der Ablehnung jeglicher Lohnverhandlungen durch eine der beiden großen Arbeitnehmergruppen die Ausgleichsverhandlungen ins Stocken geraten sind. In entscheidenden Kreisen hofft man nunmehr, daß Lord Derby, der in dem Gebiet über einen großen Einfluß verfügt, zwischen den Parteien Verhandlungen anbahnen wird. Am Montag sind etwa 80 weitere Betriebe mit über 13 000 Beschäftigten geschlossen worden.

*

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Zentralausschuß der III. Gewerkschaftsinternationale beschlossen, den streikenden Textilarbeitern in Lancashire Unterstützung zukommen zu lassen. Als erste Rate wurden 50 000 Rubel aus den Reservefonds der Internationale überwiesen. Weitere Ueberweisungen sollen aus den Mitteln erfolgen, die durch Sammlungen in den russischen Betrieben zugunsten der Streikenden veranstaltet werden. Ein entsprechender Aufruf an die Arbeiter der russischen Betriebe ist erlassen worden.

*

Kommentar — siehe Artikel in der ersten Beilage!

Chinesische Truppen verbrüdern sich

mit Rotarmisten — Ein amtliches chinesisches Eingeständnis

TU. Peking, 5. August. Das (chinesische. D. Red.) Oberkommando in Mandschuria teilte der Mukdener Regierung in einem Bericht mit, daß die kommunistische Propaganda in den letzten drei Tagen wieder bedeutend zugenommen habe. Die Folge sei eine Verbrüderung chinesischer Soldaten mit russischen Truppen. Zwei Infanteriezüge seien mit ihren Gewehren zum Gegner übergelaufen. Die Mukdener Behörden werden ersucht, die unzuverlässigen Regimenter durch andere zu ersetzen.

*

Diese Meldung ist eine Bestätigung dafür, daß das werktätige chinesische Volk, daß die chinesischen Soldaten nicht nur keinen Krieg gegen die Sowjetunion wollen, sondern diese aktiv unterstützen in der Abwehr des unerhörten provokatorischen Raubes, der von seiten Tschanglaischeks durchgeführt wurde. Die chinesischen Kulis, ob im Arbeits- oder im Waffenrock, fühlen sich einig mit den Werktätigen Sowjetrußlands, mit dem Proletariat der ganzen Welt.

Falsche Einigungs-Meldungen

Die heutige Morgenpresse bringt eine Meldung aus Charbin über eine angebliche Einigung, die zwischen dem chinesischen und russischen Vertreter in Mandschuli erreicht wurde. Diese von einer bürgerlichen Agentur verbreitete Nachricht entspricht, wie wir soeben erfahren, nicht den Tatsachen.

Auch unter Henderson ändert sich nichts

Der Schwindel von der „Befreiung Aegyptens"

London, 6. August. Der ägyptische Premierminister Mahmud Pascha hat von London aus an das „Aegyptische Volk" eine Botschaft telegraphiert, in der er bekanntgibt, daß in langen Verhandlungen Vorschläge für die Regelung der ausstehenden englisch-ägyptischen Fragen zustande gekomen seien. Mahmud Pascha gibt in seinem Appell der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorschläge bei ihrer Veröffentlichung von allen Aegyptern unter Ausschaltung von parteipolitischen oder religiösen Erwägungen in patriotischem Geiste aufgenommen werden. —

Dieser Appell von Mahmud Pascha an das ägyptische Volk wird wenig fruchten. Die Abgeordneten des aufgelösten ägyptischen Parlaments haben bekanntlich, bevor die Verhandlungen begannen, bei Henderson, dem englischen „sozialistischen" Außenminister, vergeblich interveniert, da Mahmud Pascha in gar keiner Weise als Vertreter des ägyptischen Volkes in Frage kommen könne. Henderson hat auf diesen Appell überhaupt nicht reagiert, da er nicht mit den Vertretern des ägyptischen Volkes, sondern lediglich mit den Strohmännern des englischen Imperialismus in Aegypten verhandelt hatte. Deswegen wird der Appell Mahmud Paschas an das ägyptische Volk keinen Erfolg haben.

Brutaler Stahlhelmüberfall auf Greise

Berlin, 6. August. Wie die Ullstein-„Montagspost" berichtet, kam es in der Nacht zum Sonntag zu schweren Ausschreitungen der Berliner Stahlhelmtruppe „Reinhardt", die in der Umgebung ein „Manöver-Vergnügen" veranstaltete. Als drei junge Leute aus Gransee nach Mitternacht in ein Restaurant, in dem 200 Stahlhelmleute versammelt waren, gehen wollten, wurden sie von dem vor dem Restaurant aufgestellten Stahlhelmposten daran gehindert. Es kam schließlich zu einer Schlägerei, die damit endete, daß die drei Leute aus Gransee flüchteten. Der eine von ihnen, der Sohn des Zimmermanns Steinberg, lief zu seinen Eltern, die gegenüber dem Restaurant wohnen. Auf die Hilferufe des jungen Steinberg kamen der 59 jährige Zimmermann Steinberg und seine 56 jährige Frau, die schon geschlafen hatten, im Hemd auf die Straße gestürzt. Eine große Anzahl Stahlhelmleute drängte nach und brach die Haustür auf. Die beiden alten Leute, die nicht so schnell laufen konnten, wurden von den Stahlhelmern an die Wand gedrängt und mißhandelt. Mit Biergläsern, Koppeln und Trommelschlägern schlugen die Reinhardt-Leute auf sie ein. Frau Steinberg erlitt durch die Mißhandlungen eine Gehirnerschütterung und wurde im Gransee Krankenhause behalten, während ihr Mann nach Anlegung von Notverbänden entlassen wurde. Auf dem Hofe fand man später zerbrochene Trommelschläger, Zaunlatten, abgerissene Koppelschlösser und Glasscherben.

Grubenunglück in der Rheinprovinz

Wuerselen, 6. August. Auf der Grube Gouley wurden ein Bergschüler und ein Bergmann von herabfallendem Gestein eingeschlossen. Es wurde festgestellt, daß nur der Bergmann noch lebt. Man hofft, ihn lebend bergen zu können.

„Flügel der Sowjets" wieder in Berlin

Berlin, 6. August. Am Sonntagabend landete auf dem Berliner Flugplatz das russische Großflugzeug „Flügel der Sowjets", an dessen Bord sich acht Vertreter der russischen Luftfahrt befanden. Die Maschine hat mit bemerkenswerter Pünktlichkeit ihren Flug durch Europa durchgeführt. Die erste Etappe war Moskau—Berlin. Dann ging es über Paris, Rom, Marseille nach London und wieder nach Paris. Zu dem Flug Paris—Berlin (900 Kilometer) benötigte das Flugzeug nur 4 Stunden 50 Minuten.

Vom Tage

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den 22 Jahre alten Arbeiter Erwin Fischer aus Frauendorf bei Stettin wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" und wegen „Vergehens gegen das Republikschutzgesetz" zu einem Jahre und vier Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe. Bei Fischer wurden Aufklärungsschriften für die Reichswehr und die Schupo gefunden.

Von der italienischen Strafinsel Lipari, wohin die politischen Gegner des Faschismus deportiert werden, sind der ehemalige Abgeordnete Lussu, der Professor Rosselli und Francesco Nitti, der Neffe des ehemaligen Ministerpräsidenten, nach Frankreich geflüchtet.

Heraus mit Margies

und den proletarischen politischen Gefangenen!

Der Verfassungsrummel zum 11. August steht im Zeichen der Bombenattentate in Mecklenburg und dem übrigen Nordwestdeutschland. Die Organisation Konsul vollführt in Verbindung mit der nationalsozialistischen Bewegung Attentatsanschläge auf Finanzämter und andere behördliche Gebäude, sie geht dazu über, einen Terror gegen die nichtfaschistische Bevölkerung durch Bombenattentate gegen nicht zur faschistischen Organisation Stehende auszuüben. Als Basis für diese Bombenattentate benutzen die Faschisten die erregte Stimmung der verarmten Kleinbauernschaft dieser Gebiete, die unter der Teuerung der Industrieprodukte, den teilweise schlechten Ernten und den hohen Realsteuern sich gegen die bestehenden Verhältnisse auflehnen. Diese kleinbäuerlichen Elemente, die, im Eigentumsbegriff befangen, schwerer für kommunistische Gedankengänge zu gewinnen sind, sind der günstigste Boden für die demagogische Propaganda des Faschismus, und der hinter ihm stehenden Schwerindustriellen. Diese Kreise putschen die Bauern auf und versprechen ihnen eine Besserung ihrer Lage, und die Bauern fallen auf diese demagogische Propaganda herein. Die Attentatsmachinationen sollen die Stimmung der Bauern weiter ansteigern, um der reaktionären Bewegung Vorschub zu geben und die Kräfte der Konterrevolution zu stärken.

Seit Wochen führen die Dynamithelden ein Attentat nach dem anderen durch, ohne daß je einer der Täter entdeckt worden wäre. Diese Unauffindbarkeit der Täter ist ein Zeichen dafür, daß die republikanischen Staatsbehörden, speziell die hier in Frage kommenden Untersuchungsorgane, mit den Faschisten Hand in Hand arbeiten. In einem Teil der Gebiete, die [illegible] Faschisten zum Feld ihrer Attentat[illegible] Leitung der Behörden [illegible]

Während in Mecklenburg und in dem übrigen Nordwestdeutschland die Faschisten mit Dynamit und Bomben arbeiten, vollführen sie an anderen Stellen blutige Terrorüberfälle gegen die arbeitende Bevölkerung. Der Reichsparteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg stand im Zeichen dieser gesteigerten Terrortätigkeit; die Ueberfälle auf Arbeiterlokale, die Zerschlagung der Einrichtungen, der Sturm auf das Verbandshaus des Metallarbeiterverbandes sind Signale an die gesamte Arbeiterschaft, daß sie diesem Vorgehen der Nationalsozialisten ihre Aufmerksamkeit widmen und eine entschiedene Gegenwehr entgegensetzen müssen. Die Behörden der Hindenburg-Republik, die sozialdemokratischen Minister, schauen diesem Vorgehen der Nationalsozialisten und übrigen Faschisten tatenlos zu. Sie dulden und fördern dieses Vorgehen, und der kleine Metallarbeiter Severing, der dem revolutionären Proletariat mit dem Artikel 48 droht, der den Roten Frontkämpferbund verboten hat, nimmt von dem Auftreten der Nationalsozialisten keine Notiz. Hier wird schon deutlich das Hand-in-Hand-arbeiten der Sozialdemokraten mit den Nationalsozialisten offenbar.

Während die Faschisten durch Arbeitermorde, Dynamitattentate, Ueberfälle auf Arbeiterlokale und Zerstörung von Arbeitereigentum ihre konterrevolutionäre Tätigkeit austoben und damit demonstrieren, daß sie sich zu weiterem aktiveren Vorstoß gegen die Arbeiterschaft anschicken, werden von denselben Behörden der Hindenburg-Republik, die eine wüste Verfolgungskampagne gegen die revolutionären Organisationen des Proletariats durchführen, die die kommunistische Presse verbieten, ihre Redakteure wegen Hochverrats verfolgeen, friedlich demonstrierende Arbeiter blutig niederschlagen und Arbeiter wegen Beteiligung an Demonstrationen auf Jahre in die Gefängnisse werfen, die Fememörder freigelassen. Der Oberleutnant Schulz hat wegen angeblich angegriffenen Gesundheitszustandes seine Ehrenhaft verlassen können. Frei sind alle die Fememordbanditen, die die Führer von Mördertrupps gegen das Proletariat waren. Frei ist auch wieder der Rollkommandoführer Leutnant a. D. Heines, der von einem republikanischen Gericht wegen seiner Mordtaten zu der milden Strafe von eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt war. Der Fememörder Heines veröffentlicht jetzt im „Völkischen Beobachter" einen Aufruf, in dem er anläßlich des Reichsparteitages der Nationalsozialisten seine ehemaligen Kameraden zur Sammlung auffordert, und in dem es heißt:

„Ich bin der alte geblieben, als der ich euch damals verließ . . . Mein Haß loht gleich tief in meinem Innersten gegen alle unsere Feinde. So rufe ich euch denn alle wieder, die ihr einst unter meiner Führung droben im Baltikum, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet mit mir gekämpft, die ihr in München mit am Odeonsplatz standet, als die Kugeln unseren guten, braven Kameraden Neubauer niederstreckten: wir wollen unter unserer alten Hakenkreuzfahne uns wieder sammeln und marschieren und kämpfen wie damals."

Die Fememörder drohen neue Mordtaten an. Sie mobilisieren und organisieren neue Stoßtrupps gegen das Proletariat. Die Republik aber schickt sich an, zum Verfassungstage die Fememörder, die konterrevolutionären Banditen, die noch nicht amnestiert sind, zu amnestieren. Die konterrevolutionäre Bourgeoisie braucht die Fememörder. Sie will einen neuen blutigen Aderlaß gegen das Proletariat durchführen. Sie will weitere Ausbeutungsraubzüge, sie will die Atmosphäre für einen neuen Krieg schmieden. Deswegen will sie den Fememördern Bewegungsfreiheit verschaffen. Die Gesellen, die schon einmal ihre Mordlust an der revolutionären Arbeiterschaft aus-

lebten, sollen die neuen Stoßtruppführer für eine verstärkte neue Welle des weißen Terrors werden.

Die Kampagne für die Amnestie der Fememörder wird schon von der gesamten bürgerlichen Presse aufgenommen. Unter der Führung der Hugenberg-Blätter wird eine Agitationskampagne für die Amnestierung der konterrevolutionären Mordbanditen eingeleitet. Die Machthaber der deutschen Republik sind gewillt und bereit, eine solche Amnestie durchzuführen. Die Konterrevolutionäre werden freigelassen, die proletarischen Revolutionäre aber schmachten weiter hinter den Gefängnis- und Zuchthausmauern. Von einer Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen wird nicht gesprochen. Die sozialdemokratische Presse unterstützt und fördert stillschweigend die Amnestiebewegungen für die Faschisten. Sie schweigt einfach dazu. Noch immer sitzen in den Zuchthäusern die Genossen Margies, Burghardt und Mehlhorn. Diese Vorkämpfer für den Befreiungskampf des revolutionären Proletariats schmachten nunmehr schon fünf Jahre in den deutschen Zuchthäusern. Sie sind keine Mörder, aber bisher haben die von Sozialdemokraten geführten Behörden der Hindenburg-Republik die Amnestie dieser proletarischen Gefangenen abgelehnt. Es charakterisiert den gesamten Klasseninhalt der deutschen Republik, für die die Sozialdemokraten die Schutzgarde des Reichsbanners aufgebaut haben, für die sie die deutschen Arbeiter einfangen wollen, daß man zum Verfassungstage nicht proletarische Gefangene, sondern faschistische Mörder freiläßt. Die Arbeiterschaft kann und darf zu diesem Vorgehen nicht schweigen. Stillschweigen heißt die Amnestierung der Fememörder begünstigen, heißt die Freilassung der proletarischen Gefangenen verhindern. Sofort muß die gesamte Arbeiterschaft ihre Forderung nach der Amnestierung der proletarischen Gefangenen erheben und ihr notwendigen Nachdruck verleihen. Die wenigen Tage, die noch bis zum 11. August bevorstehen, müssen ausgenutzt werden, um eine Massenbewegung für die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen durchzuführen.

Heraus mit den politischen Gefangenen! Heraus mit Margies, Burghardt, Mehlhorn und den Hunderten und Tausenden anderen proletarischen Klassenkämpfern!

Das muß die Forderung des gesamten Proletariats sein. In Betriebsversammlungen nehmt sofort Stellung. Erhebt eure Forderungen, faßt Beschlüsse, sendet Delegationen an die zuständigen Stellen, erkämpft die Freiheit eurer Vorkämpfer.

Die Kriegstreiber im „Friedenspalast"

Haag, 6. August. Ueber das Ergebnis der ersten Besprechung der sechs Abordnungsführer wird folgende amtliche Verlautbarung mitgeteilt: Die Abordnungsführer der sechs zur Konferenz einladenden Mächte sind zusammengetreten, um die Bedingungen zu prüfen, unter denen die Arbeit der Konferenz verlaufen wird. Es ist beschlossen worden, daß die Eröffnungssitzung am Dienstagvormittag um 11 Uhr stattfindet und daß sie öffentlich und allgemein sein wird. Die erste tatsächliche Sitzung der Konferenz findet am Dienstagnachmittag um 4 Uhr statt. Sie wird geheim sein.

Dauer der Konferenz bis Ende des Jahres?

TU. **Paris**, 5. August. Der Außenpolitiker des „Matin", Sauerwein, beschäftigt sich eingehend mit den Aussichten der Haager Konferenz, die seiner Meinung nach sehr schwierig sein und lange dauern werde. Ein besonders berufener Staatsmann habe ihm erklärt, die Konferenz werde bis Ende d. J. dauern.

Die „christlich-soziale Reichsvereinigung"

Bielefeld, 6. August. Die „christlich-soziale Reichsvereinigung" hielt am Sonntag ihre erste Reichstagung ab. Bezeichnend war es, daß die Regie dieser Tagung dafür sorgte, daß alle auf der Tagung geäußerten Wünsche, eine eigene Partei zu bilden, von der Leitung, in der sich die treuesten Anhänger Hugenbergs befinden, sofort abgedreht wurden. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß diese christlich-soziale Reichsvereinigung nichts anderes verfolgt, als die unzufriedenen Elemente bei den Deutschnationalen durch Sonderparolen bei der Stange zu halten und neue Anhänger zu gewinnen. Hülser, der (Breslauer) deutschnationale Führer der christlich-sozialen Reichsvereinigung, hat noch unlängst ausgeführt, daß man nicht daran denke, einen Block gegen Hugenberg zu bilden. Trotzdem schreibt der Abend-„Vorwärts" frohlockend: „Die Opposition gegen Hugenberg."

Neue riesige Waffenfunde bei den österreichischen Faschisten

Wien, 6. August. Vor wenigen Tagen erfolgte in Linz die Beschlagnahme einer Munitionssendung von 35 000 scharfen Patronen. Im Zusammenhang mit dieser Beschlagnahme erfolgte gestern eine Haussuchung beim Führer der österreichischen Heimwehren, dem Fürsten Starhemberg.

Bei dieser Haussuchung wurden 30 große Kisten gefunden, die über 500 komplette Ausrüstungen für Heimwehrmänner enthielten.

Ferner gab Fürst Starhemberg beim Verhör zu, daß er 12 000 Schuß Mausergewehrmunition bei einer Wiener Firma bestellt habe. Als Landesführer der oberösterreichischen Heimwehr lege er Wert darauf, daß sich die ihm unterstellten Heimwehrleute gut einschießen, ein Vorgang, gegen den in Tirol kein Mensch etwas einzuwenden habe. Gegen den Fürsten wurde Strafanzeige erstattet. Im übrigen ließ man ihn unbehelligt, so daß dieser aristokratische Führer des österreichischen Faschismus weiter ungestört die Heimwehrgarden zum Kampf gegen die Arbeiterschaft ausbilden kann.

Mannheimer Ländertreffen trotz Verbots durchgeführt

Mannheim, 5. August. Das gestrige Ländertreffen, das der Sozialdemokrat Adam Remmele verboten hatte, wurde trotz dem Verbot zu einem mächtigen Massenaufmarsch. Neben einigen kleineren Kundgebungen in den verschiedenen Stadtteilen fand im Mannheimer Arbeiterviertel in der Neckarstadt eine Demonstration und Kundgebung statt, an der viele Tausende Arbeiter teilnahmen.

Es sprachen Redner verschiedener Bezirke. Die Polizei war derartig überrascht, daß sie erst nach Abschluß der Kundgebung mit einem Ueberfallkommando angefahren kam. Die nach Hause gehenden Arbeiter und Arbeiterinnen wurden mit größter Gemeinheit auseinandergeprügelt. Ueber 100 Personen wurden verhaftet. Als aus einem Arbeiterlokal gegen diese Polizeibrutalität protestiert wurde, schoß die Polizei in das Lokal, allerdings ohne zu treffen. Die Polizei verhaftete alle Träger von braunen und grünen Hemden, da dies eine „Uniform" sei. Die Bahnhofs- und Zugangsstraßen waren durch ein Heerlager von Polizisten abgesperrt, um auswärtige Teilnehmer nicht nach Mannheim zu lassen. Trotzdem kamen über 1000 Teilnehmer durch die Kette hindurch. Bei der Suche nach „Uniformen" wurde auch eine Handballabteilung der Freien Turnerschaft verhaftet, die in einheitlichen grünen Hemden marschierte. Ein Festzug des Bauarbeiterverbandes, von den Reformisten arrangiert, wurde in letzter Stunde ebenfalls verboten. Dagegen durfte der katholische Verein „Deutsche Jugendkraft" ungehindert demonstrieren. Bei der Arbeiterschaft herrscht über diese Vorgänge eine ungeheure Empörung.

Roter Triumph im schwarzen Münster

Münster, 5. August. Das rote Antikriegstreffen der Münsterländer Arbeiterschaft, zu dem starke Arbeiterdelegationen aus allen Teilen des Ruhrgebietes und auch eine Delegation aus Holland eingetroffen waren, gestaltete sich zu einem Aufmarsch, wie ihn Münster noch nicht erlebt hat. Viele Stunden waren die Straßen Münsters von dem unendlichen Zug der revolutionären Demonstranten beherrscht.

Der Europa-Flug beginnt mit Unfällen

Ein deutscher Teilnehmer tödlich abgestürzt

Paris, 6. August. Die Teilnehmer an dem internationalen Europa-Flug haben gestern nachmittag in Gruppen von je vier Flugzeugen auf der Strecke Orly—Arthenay (164 Kilometer) die zweimal hin und zurück zu durchfliegen war, die Prüfung des Brennstoffverbrauchs durchgeführt. Der deutsche Pilot v. Bismarck sowie ein serbischer und zwei französische Piloten erlitten kurz nach dem Start in Orly Pannen und mußten die Prüfung noch einmal beginnen. Die Flieger Schütz und Fina erlitten bei der Ankunft leichte Unfälle, wobei die Flugzeuge beschädigt wurden, die Insassen aber unverletzt blieben. Der Flieger Carderry erreichte mit 174,597 Kilometer in der Stunde mit einem deutschen Flugzeug die größte Geschwindigkeit.

Das erste Todesopfer des Fluges ist der deutsche Teilnehmer Hofmann, der Konstrukteur des Flugzeuges Arado Warnemünde L 1. Gegen 18 Uhr ging er in der Nähe von Etamps, als der Apparat eine Panne hatte, nieder. Nach Behebung der Panne steuerte er den Apparat bis zum Flugplatz Orly zurück. Dicht bei Orly sollen bei Sturz- und Schleifenflügen die Flügel des Apparats gebrochen sein, so daß das Flugzeug abstürzte. Hofmann wurde auf der Stelle getötet.

Verbandstag der Hauspaschas

München, 6. August. Am Sonntag tagte hier die 50. Hauptversammlung des Zentralbundes Deutscher Haus- und Grundbesitzer. In den Reden und Entschließungen kam zum Ausdruck, daß der Hausbesitz die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und aller diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen jetzt endgültig beseitigt wissen will. Die Wohnungsfrage könne nur auf dem Boden der Privatwirtschaft gelöst werden. Der Hausbesitz weise jeden direkten oder indirekten Sozialisierungsgedanken energisch von sich und werde in Zukunft mit den größten Anstrengungen und den stärksten Mitteln für die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft eintreten.

SPD.-Polizeipräsident aus Freidenkerverband ausgeschlossen

In der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung in Elbing (Ostpreußen) wurde der sozialdemokratische Polizeipräsident Wende von Elbing einstimmig ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgte, weil Wende sich in den Ehrenausschuß des deutschnationalen Gausängerfestes in Marienburg wählen ließ, das unter der Devise: „Gott mit uns!" stattfand. Außerdem wurde der Ausschlußantrag damit begründet, daß Wende als Polizeichef den Verband schädigt, indem er den Brutalitäten seiner Beamten gegenüber den Arbeitern in keiner Weise entgegentritt.

Drei Todesopfer eines Bubenstreiches

TU. **Wien**, 5. August. Auf der Straße von Kupplersdorf, in der Nähe von Korneuburg, ist in der vergangenen Nacht ein furchtbares Verbrechen verübt worden. Quer über die Straße war ein Kupferdraht gespannt worden, dessen eines Ende an einer Starkstromleitung angeschlossen war. Durch Berührung des Drahtes sind drei Personen getötet und eine schwer verletzt worden. Bei den Toten handelt es sich um zwei Radfahrer und einen Fußgänger. Verletzt wurde eine Frau. Es steht noch nicht fest, ob diese Personen zu gleicher Zeit getötet wurden, oder ob sie einzeln im Laufe der Nacht an die verhängnisvolle Stelle kamen. Nach der behördlichen Untersuchung handelt es sich um den Streich eines Jugendlichen, der einen Anschlag auf einen unbekannten Nebenbuhler unternehmen wollte.

Doch zahlreiche Opfer des Ostender Schiffsunglücks

TU. **Paris**, 5. August. Die letzten Meldungen aus Ostende über das schwere Schiffsunglück besagen, daß besondere Beunruhigung über die noch fehlenden 40 Personen herrscht. Man befürchtet, daß sie alle ertrunken sind. Das Boot, das höchstens 50 Passagiere fassen kann, war mit 60—100 Reisenden belastet. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Gegen den Kapitän werden die schwersten Vorwürfe erhoben. Nur die kräftigsten und geschicktesten Leute haben sich retten können, indem sie sich an die Außenwände des Bootes klammerten. Wer sich einige Minuten über Wasser halten konnte, wurde von den in großer Zahl herbeieilenden Booten gerettet.

Abgestürzt

TU. **Berchtesgaden**, 5. August. Bei einem Spaziergang stürzte die in Schönau zum Sommeraufenthalt weilende 49jährige Kaufmannsgattin Henriette Meyer aus Altona vor den Augen ihres Mannes in den Wasserfall der Königseer Ache. Sie wurde mit großer Schnelligkeit abgetrieben und konnte erst eine Stunde später unterhalb von Berchtesgaden als Leiche geborgen werden.

ANNA

IVAN OLBRACHT

DAS MÄDCHEN VOM LANDE

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

17)

Der Herr stieß ihn heftig mit dem Fuße „Du Laufejunge", brüllte er ihn an, daß die Straße schallte. Das war für Toni, der zehn Schritt vor Anna ging, das Zeichen. Er machte einen langen Satz. Im Augenblick stand er neben dem Mann und schlug ihn ins Gesicht, und noch einmal, bums, ins Gesicht.

„Du Hund ,du bürgerlicher!"

Lippe und Kinn des Kaufmanns färbten sich blutig rot. Tonis Faust war Eisen gewohnt. Der Kaufmann blickte vollkommen verstört drein, und man sah deutlich, daß er mehr von Ueberraschung als von Schmerz gepackt war.

Zwei Herren und eine Dame, die vorher den Laufjungen verlacht hatten, traten näher. Vom gegenüberliegenden Laufsteg eilten auch zwei Menschen herbei, und dann trat noch von rückwärts einer hinzu.

Bevor sich Anna vom Schreck erholt hatte, sammelte sich ein Haufen Menschen um den Wagen. Man vernahm Stimmen, darunter auch die Tonis. Der Kaufmann hielt das blutige Taschentuch an die Nase, bückte sich nach dem Bleistift, der ihm heruntergefallen war und steckte ihn wieder hinters Ohr.

Als Anna herbeilief, war es ihr unmöglich, bis zu Toni vorzudringen. Sie sah nur, daß ein älterer Herr vor ihm stand, ein glattrasierter Herr in lichtem, karriertem Anzug und mit einer Hornbrille.

„Gut, mein Herr," erklärte er Toni, „aber das darf kein Grund sein, daß Sie die Roheit durch eine noch größere Roheit übertreffen und überbieten. Sehen Sie nur, wie Sie ihn blutig geschlagen haben. So werden wir nun in unserer Republik nicht weiterkommen. Demokratie ist kein Faustrecht."

„Ich pfeif auf Ihre Demokratie, in der Sie arbeitende Kinder quälen lassen!" schrie Toni auf.

Bei dieser Antwort veränderte sich die Situation, die bisher ruhig gewesen war, mit einem Schlage.

„Das ist eine unerhörte Frechheit", rief ein junger Mann mit einer Aktentasche zornig aus.

„Also so ist das", sagte der rasierte Herr im lichten Anzug, „Sie sind scheinbar ein Bolschewik!"

„Natürlich bin ich ein Bolschewik", antwortete Toni herausfordernd.

Irgend jemand inmitten der Menge lachte spöttisch auf.

„Aha", schrie einer haßerfüllt, und die Frau, die vorher auf dem Gehsteig gelacht hatte, kreischte mit hoher Stimme:

„Das ist ein Bolschewik, seht ihn euch an, das ist ein Bolschewik!"

Aus den Menschen um Toni wurde eine Masse, und dieser Masse bemächtigte sich Erregung. Beim Anblick des ersten Bolschewiken aus Fleisch und Blut erwachten in ihrem Unterbewußtsein alle Schrecken der russischen Revolution, welche die Zeitungslektüre dort angehäuft hatte.

Erschießen im Keller durch einen Schuß von hinten, lebende Menschen, die im Müllhaufen vergraben werden, Gräfinnen mit hochgeschürzten Röcken, die man auf glühende Oefen setzt, Handschuhe aus Menschenhaut, die man von den Händen junger Kadetten abgezogen hatte, die Horde wahnsinnig gewordener Kommissare, die sich zum Mittagessen die gebratenen Säuglinge der Stationsvorsteher servieren lassen, die Herrschaft der Juden, Kommunisierung der Frauen, die Flucht aus dieser Hölle, Fürstinnen in Lumpen, der Untergang aller Kultur, die Plünderung der Kirchen und Museen, die Bilder von Tizian, Correggio, die man als Maurerschürzen verwendet, der Tod aller ehrbaren Menschen, alle guten Sachen den Mördern, Lumpen, Dieben und Juden.

Ein Handwerker aus der Balbinstraße, ein Tischler, den das Leben handeln gelehrt hatte, rief aus dem Kreise, der Toni immer enger umschloß:

„Haltet ihn, ruft die Polizei."

Und plötzlich wiederholte die ganze Menge:

„Haltet ihn, laßt ihn nicht los, Polizei, Polizei!"

Zwei Jünglinge, von einer wilden Sehnsucht nach Tatendrang ergriffen, entwirrten sich dem Gedränge und rasten die Straße herunter, als ob es ums Leben ginge. Sie liefen, um die Polizei zu holen. Jetzt riß sich ein dritter los und flog hinter ihnen her. Seine Absätze klapperten auf dem Gehsteig.

Die Angst entfesselte alle Nerven. Es war die Angst um die amerikanischen Oefen, nach dreijähriger Sparsamkeit im Vorjahre im Speisezimmer aufgestellt; die Angst um die kirschfarbene Seidenkombination der Frau und um die Kaninchenfelle, die man zu Weihnachten den Kindern gekauft hatte, die Angst um die 100 Mark mit Zinsen für das letzte halbe Jahr, die auf der Sparkasse der Hauptstadt lagen. Die Juden und die Republik, Schüsse und aufgesprungene Lackschuhe, die mit Zuckerspagat verschnürt waren.

„Nur nicht laufen lassen, nur nicht laufen lassen", brüllte die erregte Menge, und die Frau, die zuerst gelacht hatte, kreischte, als ob jemand hinter ihr her wäre.

„Haltet ihn, nur nicht laufen lassen!"

Als der Sturm sich legte, besann sie sich von neuem, drängte die Menge mit dem Ellenbogen auseinander und schob sich vorwärts.

„Untersucht ihn, untersucht ihn, ob er irgend etwas bei sich hat."

Zwei junge Leute waren tatsächlich bereit, der Aufforderung zu folgen und traten näher an Toni heran, aber der legte die rechte Faust an die linke Schulter und schob den Ellbogen vor. Seine Augen funkelten.

„Haut ab," brüllte er sie an wie Hunde, und sie rührten sich nicht mehr.

Toni benahm sich nicht so, als ob er davonlaufen würde. Er stand, durch seine bloße Existenz die Menschen aufreizend, und hielt sie mit seinen gefährlichen Augen in gebührender Entfernung. Er war bereit zu warten, ebenso wie die Menge warten wollte, die das Schlagwort des Augenblicks, „Polizei", beruhigt hatte.

Die Menge wuchs ungeheuerlich, nur um den Wagen herum war freier Platz, wie eine Luftblase in einer Sirupflasche. Dort standen Toni, der Kaufmann, der entsetzt blickende Laufbursche, der rasierte Herr im lichten Anzug mit der Hornbrille, der hier sichtlich Autorität genoß.

Der Kaufmann schneuzte sich und erklärte dem rasierten Herrn:

„Wissen Sie, was mich die Bücklinge kosten? Ich habe sie noch nicht bezahlt, und der Kopf raucht mir, wenn ich daran denke, wo ich das Geld hernehmen soll. Gestern hat er mir eine Oelflasche zerbrochen."

„Nein, nein," winkte der Herr ab, „den Burschen dürfen Sie nicht schlagen, das geht nicht."

Der Kaufmann beugte sich zum Lehrling herab, zog ihn an der Schulter näher und zeigte auf den Herrn:

„Bitte, sage diesem Herrn da, hast du es schlecht bei mir?"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil, Breslau und die Beilagen: Alfred Thomas, Breslau; für Waldenburg, Niederschlesien und Gewerkschaften: Wilhelm Bielwald, Breslau; für Oberschlesien Gerhard Schulz, Gleiwitz; für Inserate August Reimann, Breslau.

Kriegshetze der II. Internationale

Die Internationale der Arbeitermörder lobt Tschangkaischeks Ueberfall
Für imperialistische Intervention — Gegen Sowjetunion

Das Wort hat die II. Internationale. Ihre Exekutive veröffentlicht einen Aufruf zum chinesisch-sowjetistischen Konflikt. Diese Entschließung stellt einen Gipfel reaktionärer Niedertracht dar. Den Vandervelde, Sassenbach und übrigen Aktionären der Londoner Internationale ist es „ein unerträglicher Gedanke, daß ein Zusammenstoß zwischen der russischen und chinesischen Revolution zu einer wirtschaftlichen Katastrophe und damit zum Sieg der Konterrevolution führen könnte."

Chinesische Revolution? Was meinen die Herren damit? Als, von den Arbeitern getragen, 1925 und 1926 die revolutionäre Bewegung im Sturmschritt China durcheilte, da war es jene Kompanie von Sozialimperialisten, die man auch Exekutive der II. Internationale nennt, die mit Wort und Tat gegen die Revolutionäre wütet. Ramsay Macdonald betonte im Unterhaus, daß „das Leben und Eigentum der englischen Bürger in China geschützt werden muß". Damals

lehnte der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie es ab, mit den Kuomintang-Mitgliedern in Berlin eine Kundgebung unter der Losung „China den Chinesen" zu veranstalten. Ja, Gerssinski, der damals auf dem Posten stand, den Zörgiebel heute einnimmt, hob eine Kundgebung für „China den Chinesen" aus und verhaftete die chinesischen Teilnehmer.

Als der siegreiche Nordmarsch der Kuomintang-Armee wirklich die Festen der imperialistischen Räuber bedrohte, als die Kuomintang noch unter dem Druck der Arbeiter und Bauern eine revolutionäre Mission erfüllte, da wurde sie von der internationalen Sozialdemokratie erbittert bekämpft. Erst jetzt, da Tschangkaischek sich des 300 000fachen Mordes an den Stadt- und Landproletariern Chinas schuldig gemacht hat, genießt er das Vertrauen jenes Vereins europäischer Reformistenführer, von denen fast jeder auf sein Schlächterkonto eine erkleckliche Anzahl von Arbeitermorden setzen kann.

„... daß es das Recht Chinas ist, die Beseitigung der russischen Kontrolle über die ostchinesische Bahn, soweit sie selbst den Vorwand zu dieser Verfolgung der Arbeiterschaft gegeben, indem sie Arbeiterorganisationen auf chinesischem Boden als Werkzeug russischer Politik mißbrauchte."

Jedes Wort eine Lüge. Jede Zeile eine reaktionäre Gemeinheit. Jeder Satz eine Hilfe für die Imperialisten. Die Zweite Internationale wagt es, von „russischer Kontrolle über die Ostchinesische Bahn" zu sprechen, obwohl die Sowjets sich dieser vom Zarismus erzwungenen Kontrolle ausdrücklich entäußerten und auf alle Rechte verzichteten, die die zaristische Regierung früher für sich in China in Anspruch nahm. Welch eine Eisenstirn gehört dazu, von russischer Kontrolle zu sprechen, wo den Sozialimperialisten doch genau bekannt ist, daß die Verwaltung der Ostchinabahn durch Beauftragte der russischen und chinesischen Regierung gleichmäßig zusammengesetzt ist. Der erste Vorsitzende ist ein Chinese, der zweite ein Russe; und der chinesischen Regierung ist das Rückkaufsrecht für die Bahn freigestellt. So wenig die Sowjetunion eine imperialistische Macht ist, so wenig stellt die Ostchinabahn ein Instrument imperialistischer Politik dar.

Hat man je gehört, daß Imperialisten dort, wo sie hingekommen sind, den Achtstundentag eingeführt, Gewerkschaften gegründet und Kulturorganisationen geschaffen haben? Die Sowjets taten es an der Ostchinabahn.

Hören wir, was die bürgerliche „Frankfurter Zeitung" dazu schreibt:

„Die Bahn stellt nicht nur einen großen kommerziellen Wert dar, sondern sie ist auch ein Kulturträger, der Schulen gegründet und durchgehalten hat, Krankenhäuser, Klubs und Aufenthaltshäuser für die Beamten und wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, ganze Industrien und Telephon- und Telegraphenlinien. Bei ihr allein ist in China der Achtstundentag vollständig durchgeführt in der Mandschurei ..."

Was die bürgerliche Zeitung anerkennen muß — wie nennt das die Exekutive der II. Internationale: „Mißbrauch von Arbeiterorganisationen auf chinesischem Boden als Werkzeug russischer Politik." **Daß Tschangkaischek in seinem Herrschaftsgebiet die Gewerkschaftsführer enthaupten, die Organisationen selbst vernichten und ihre Häuser schließen läßt, daß er die Arbeiterbewegung mit Feuer und Schwert ausrottet und ihre Angehörigen bündelweise zusammenketten und ins Wasser versenken läßt — das ist kein Mißbrauch. Und in Ordnung ist es auch, wenn er nicht um einen Jota die schauderhaften Arbeitsbedingungen des chinesischen Proletariats, den 12- bis 16-Stundentag ändert, wenn der Umfang der Kinderarbeit nur noch durch die Niedrigkeit der gezahlten Löhne übertroffen wird, wenn die Landlosigkeit und damit der Hungertod der Millionen armer Bauern und der Terror der Gentry zum Prinzip der Kuomintang-Regierungspraxis erhoben wird.**

Kein Wort gegen Tschangkaischek, dessen Lakaienrolle gegenüber den Imperialisten selbst von der bürgerlichen Presse anerkannt ist. Aber eine Schmähung, eine Verleumdung nach der anderen gegen die Sowjets. Das ist die Entschließung der Exekutive der II. Internationale, die zu ihrem Vorsitzenden vorgestern Vandervelde wählte.

Wir meinen, daß diese Wahl ein aufschlußreicher Kommentar zu der Entschließung der Exekutive ist. Denn

Vandervelde ist derjenige, der vor 1½ Jahren energisch dagegen protestierte, daß China den ungleichen Vertrag kündigte, der ihm 1865 von der belgischen Regierung mit Waffengewalt aufgezwungen war. Ein Vertrag, der China die Oberhoheit über die chinesischen Städte, die eigene Gerichtsbarkeit und die eigene Zollverwaltung nimmt.

Der jetzige Vorsitzende der II. Internationale protestierte; denn die Erhaltung des imperialistischen Besitzes in China liegt ihm ebenso am Herzen wie der Kampf gegen die Sowjets. Und deshalb ist es auch ganz verständlich, daß er ebenso wie seine Gesinnungsgenossen in der Resolution fordert,

„daß beide Mächte ... die Entscheidung eines Schiedsgerichts anrufen und anerkennen."

Die Sowjetregierung soll sich einem Schiedsgericht unterwerfen, das nach dem Willen erbitterter Sowjetfeinde a la Vandervelde, Macdonald seine Entscheidung unter Kontrolle des Genfer Räuberbundes fällt. Unter dem Scheine der Neutralität, der Maske eines Schiedsgerichts soll eine neue Attacke gegen das Arbeiter- und Bauernland geritten werden. **In den Kontoren der internationalen Exporteure, in den Banken von Wallstreet wird man angesichts dieses famosen Vorschlages in die Hände klatschen. Der Arbeiter in aller Welt aber wird sich eine Empörung bemächtigen, die sich über die heuchlerischen Sozialimperialisten in fühlbarster Weise entladen wird.**

In diesem Gebäude wird die Haager Reparations-Konferenz stattfinden.

Gefängnis für Antikriegsdemonstranten

Paris, 5. August. Eine Anzahl der am 1. August verhafteten kommunistischen Demonstranten ist bereits von der Strafkammer abgeurteilt worden. Wegen „Gewalttätigkeit und Beamtenbeleidigung" wurden gegen acht Personen Gefängnisstrafen von ein bis vier Monaten verhängt, wobei nur in einem Falle Bewährungsfrist zugestanden wurde; vier Personen wurden wegen verbotenen Waffentragens mit Geldstrafen und Gefängnis zwischen acht und vierzehn Tagen bestraft.

Die wegen einer angeblichen Verschwörung gegen die Staatsgewalt seinerzeit verhafteten 90 Genossen wurden heute freigelassen. Es ist das der erste Beweis für die völlige Haltlosigkeit der Anklage und die Willkürlichkeit der Verhaftungen. Zehn Funktionäre der KPF. werden ohne Begründung weiterhin noch in Haft gehalten, und das einzig, um die Blamage der Regierung nicht allzu offensichtlich zutage treten zu lassen.

Aus den aus der Provinz eintreffenden Nachrichten ergibt sich, daß Zehntausende von Arbeitern den Parolen der Partei zum 1. August gefolgt sind.

Sechs russische Mönche zum Tode verurteilt

Moskau, 5. August. Das Landgericht in Samara verurteilte nach zweitägigem Prozeß sechs Geistliche, Mönche des Klosters Waviloff Dol, zum Tode, einige andere zu Gefängnisstrafen von ein bis acht Jahren. Die Angeklagten wurden der Verführung Minderjähriger und des Mordes an einem Mitglied der Gesellschaft, das ihre Verfehlungen aufgedeckt hat, beschuldigt.

Gottesdienst für die englische Textilaussperrung

Manchester, 5. August. Die Aussichten für eine baldige Beilegung der Riesenaussperrung von Lancashire sind immer noch sehr gering.

In den morgigen Gottesdiensten in den Kirchen von Lancashire werden deshalb Gebete für einen baldigen Frieden in der Baumwollindustrie gesprochen werden.

Meuterei in einem polnischen Gefängnis

Warschau, 5. August. Wie ABC. aus Lublin meldet, brach im dortigen Gefängnis unter den politischen Sträflingen eine Meuterei aus, weil einige von ihnen von der Gefängnisleitung strafweise in Einzelzellen untergebracht wurden. Die Sträflinge verschanzten sich. Polizei und Feuerwehr wurde herangerufen. Es kam zu einer Schießerei. Hierbei wurde ein Häftling getötet.

Ein Nazi plaudert aus

Polizeibeamte Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilung — Schlagt den Faschismus aufs Haupt!

Ein Nationalsozialist aus Aachen, der durch fast abenteuerlich klingende Umstände nach Nürnberg zu dem dort am 3. und 4. August stattfindenden Parteitag der Hitlerianer tippelte, dort aber aus der Partei austrat, gibt dem Nürnberger SPD.-Blatt eine Darstellung seiner Fußtour und der Ursachen der Abreise. Demnach fand in Aachen eine Versammlung der Nazis statt, wo ein gegnerischer Diskussionsredner anwesend war, dem unbeschränkte Redezeit zugesichert wurde. Und dann heißt es in dem Bericht darüber:

„Nach wenigen Minuten aber kam der Befehl, die Sturmabteilung habe den Mann zum Saal hinauszuschlagen. Fünf SA.-Leute bekamen den Auftrag dazu und führten ihn sofort aus. Die anwesende Polizei im Saale war zu schwach, um mit Erfolg einschreiten zu können. Als dann das Ueberfallkommando der Polizei eintraf, wurden wir fünf Mann aus dem Saale hinausgeschoben, und in derselben Nacht noch erhielten wir vom Standartenführer Hans Langendorf, Polizeioberwachtmeister aus Köln, den Auftrag, den Fußmarsch nach Nürnberg anzutreten und von Aachen zu verschwinden, bis Gras über die Sache gewachsen sei. Wir wurden mit den nötigen Briefen versehen, und in derselben Nacht marschierten wir noch ab. Als wir uns in München-Gladbach meldeten, waren wir erstaunt, wie schwach dort die Ortsgruppe ist.

Trotz Hunger und Durst marschierten wir Tag für Tag weiter, um nach Iserlohn zu kommen, wo uns Unterkunft im Hotel Rechenberg versprochen war. Hier erfuhren wir zu unserem größten Erstaunen, daß wir uns

in der Schupokaserne beim Hauptwachtmeister Karl Schulz

melden sollten. Als wir dort unsere Ausweise vorzeigten, wurden wir heimlich in der Kaserne untergebracht. Am anderen Tage machten wir eine Ausfahrt der Sturmabteilung mit, die in einer Stärke von 60 Mann antrat.

Davon waren zu unserem größten Erstaunen über 40 Polizeibeamte in Uniform, die auf der Landstraße plötzlich ihre Uniform auszogen und das Braunhemd anlegten.

Mit diesen verwandelten Polizisten, die mit Pistolen bewaffnet waren, ging es dann nach Altena in Westfalen, wo uns ein Oberlehrer Reichelt empfing und uns zum Saalschutz abkommandierte, weil die Ortsgruppe Altena der NSAP. nur 19 Parteimitglieder zählt.

So geht der Bericht weiter — bis Nürnberg. Was zeigt sich dabei?

Daß die Polizei, der ganze behördliche Apparat, in einer Front mit den Faschisten steht!

Unter den Augen der Polizei — ja unter ihrem aktiven Schutz! — dürfen die Hakenkreuzler Arbeiter verprügeln. So schreitet die Faschisierung des staatlichen Machtapparates fort.

Die Arbeiterschaft darf die faschistische Gefahr nicht unterschätzen. Der Faschismus ist das Sammelzentrum zur Erziehung der proletarischen Jugend gegen die Arbeiterklasse und zum Krieg gegen Sowjetrußland.

Textilarbeiter, lehnt englische Streikbrecherarbeit ab!

Rüstet euch zum Massenstreik gegen die Rationalisierungsoffensive der internationalen Textilkönige

In England haben die Textilbarone 500 000 unserer Kollegen ausgesperrt. Die Aussperrungs- und Rationalisierungsoffensive der schlesischen, der deutschen Textilbarone ist ein Teil der verschärften Rationalisierungswelle der internationalen Textilbourgeoisie. Von Kampfesmut erfüllt stehen die englischen Kollegen geschlossen im Ringen um höheren Lohn und um menschenwürdige Lebensbedingungen. Wie die Leichenfledderer stürzen sich die deutschen sozialdemokratischen Führer auf unsere kämpfenden Kollegen in England. Die „Bergwacht" und andere sozialdemokratische Zeitungen schreiben:

„Die deutsche Baumwollindustrie könnte allerdings eine Belebung durch die „Ereignisse" in Lancashire (England) vertragen, da sie immer noch in einer heftigen Depression steckt."

*

Kolleginnen! Kollegen der Textilindustrie!

Die Sprechorgane der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie handeln im Auftrage der deutschen Textilbourgeoisie. Der Streikbruch soll vorbereitet werden. Ihr sollt den kämpfenden englischen Kollegen in den Rücken fallen. Augen auf! Verjagt diese Sozialfaschisten aus euren Reihen! Die schlesischen Textilbarone sind verbündet mit den englischen Textilbaronen und den Führern der sozialdemokratischen und der reformistischen Gewerkschaftsinternationale. In England lehnt die sozialdemokratische Regierung die Unterstützung der ausgesperrten Kollegen ab. In Schlesien besorgt die Gewerkschaftsbürokratie dieselben Geschäfte der Bourgeoisie und fordert von euch Streikarbeit. Beweist Solidarität mit allen Gemaßregelten! Organisiert beschleunigt den Massenkampf um die Wiedereinstellung aller Gemaßregelten, gegen die Massenentlassungsankündigungen, gegen das Drei- und Vierstuhlsystem, für höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit.

Gegen die internationale Textilbourgeoisie die internationale Kampffront des Textilproletariats;

Heraus zu Belegschaftsversammlungen! Wählt Kampfleitungen! Bereitet beschleunigt die Bezirkskonferenz vor!

Gegen die Massenmaßregelungs- und Rationalisierungsoffensive der schlesischen Textilbarone der Massenstreik des schlesischen Textilproletariats!

Die revolutionäre Textilarbeiteroppposition des Bezirks Schlesien.

Das arbeiterfeindliche Zentrum

Tatsachen aus der Reichstagspraxis der Zentrumspartei

Von Peter Maslowski, M. d. R.

Der Reichstag ist in Sommerferien Damit ist der erste wichtige Abschnitt der Reichstagsverhandlungen der laufenden Sitzungsperiode erreicht. Gerade jetzt ist es für die werktätigen Massen möglich und besonders aufschlußreich, rückschauend das Fazit dessen zu ziehen, was der Reichstag in einigen wichtigen proletarischen Fragen unter einer Regierung, an der genau so wie zur Zeit des Bürgerblocks wiederum die Zentrumspartei einen bedeutenden Anteil nimmt, bisher gebracht hat.

Da das Zentrum es liebt, vor seinen proletarischen Wählern sich als „christlich" und „sozial" darzustellen, da es behauptet, die Partei des „sozialen Ausgleiches" zugunsten der Armen und Bedrückten zu sein, sind solche Tatsachen aus der Reichstagspraxis der Zentrumspartei besonders wichtig, um die christlichen Proletarier möglichst selbst urteilen zu lassen, inwieweit das soziale Gerede dieser Partei ihrer tatsächlichen Parlamentspolitik entspricht.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen ..."

Als während des Bürgerblocks die Zentrumsabgeordneten im Reichstag gegen die bekannten 5 Millionen für Kinderspeisung stimmten, herrschte unter den christlichen Arbeitern mit Recht eine große Empörung, die sich u. a. auch in dem für das Zentrum ungünstigen Wahlergebnis vom 20. Mai 1928 Luft machte.

Aber auch in der neuen Regierungskoalition ist das Zentrum die treibende Kraft für die Verweigerung der Kinderspeisung. Der zum Ernährungsetat gestellte kommunistische Antrag auf 5 Millionen für Kinderspeisung wurde am 3. Juni in einer namentlichen Abstimmung erneut vom Zentrum und allen übrigen Parteien abgelehnt. Auch am 27. Juli stimmte wiederum die Zentrumsfraktion mit allen übrigen Parteien bei den Schlußabstimmungen zum Etat denselben kommunistischen Antrag nieder. Schließlich wandten sich die Zentrumsvertreter auch gegen den folgenden kommunistischen Antrag, über den sofortige Abstimmung im Plenum von den Antragstellern verlangt wurde, in der hinterlistigen Form, daß sie ihn zur Beerdigung dem Ausschuß überwiesen:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich ein Pensionskürzungsgesetz vorzulegen, durch das die Pensionen der Minister, der Generäle und der anderen hohen Offiziere so gekürzt werden, daß ein Betrag von jährlich 5 Millionen Mark frei wird, der für die Zwecke der Kinderspeisung durch Gemeinden und Gemeindeverbände in den Etat eingesetzt wird."

Die dabei von Zentrumsseite in die Debatte geworfene Behauptung, daß ja schon die Länder das Nötige für die Kinderspeisung leisten, verträgt sich in keinem Falle mit dem Gebot: „Du sollst nicht lügen". Gerade der Zentrumsminister Hirtsiefer, Wohlfahrtsminister in Preußen, hat eben erst im preußischen Etat für 1929 die Summe für die Kinderspeisung von 1 Million auf 600 000 Mark herabgesetzt, und zwar mit folgenden Worten:

„Die Mittel für die Kinderspeisung sind sehr knapp; vielleicht gibt das Reich endlich etwas dazu."

Diesen scheinheiligen Wunsch Hirtsiefers hat, wie dargestellt, die Reichstagsfraktion des Zentrums so erfüllt, daß sie alle Anträge für Kinderspeisung grundsätzlich niederstimmte. Dabei stellt selbst das amtliche statistische Material fest, daß gerade in den katholischen industriellen Gebieten, wie etwa Rheinland-Westfalen und Oberschlesien, gegen 35 Prozent der Kinder als unterernährt anzusprechen sind, 35 bis 40 Prozent morgens ohne Frühstück in die Schule gehen und 25 Prozent kein warmes Mittagessen erhalten.

Diese Millionen von Proletarierkindern sollen nach dem Willen der Zentrumsfraktion, also auch der Joos, Dessauer, Imbusch und Genossen, die sich als angeblich linksstehend vor christlichen Arbeitern besonders gern ein soziales Mäntelchen umhängen, weiter hungern und weiter verelenden.

Kein billiges Gefrierfleisch für die Armen

In der Linie des Aushungerungsfeldzuges der Großagrarier und der Großindustriellen gegen das werktätige Volk liegt vor allem auch die Beseitigung des verbilligten Kontingents zollfreien Gefrierfleisches.

Gegen die nicht zum wenigsten auch vom Zentrum ausgehenden Angriffe auf die zollfreie Einfuhr einer bestimmten Menge von Gefrierfleisch, die schließlich bis auf 50 000 Tonnen herabgesetzt worden war, wurde im Dezember 1928 von der kommunistischen Fraktion im Reichstag der Antrag gestellt, dieses Kontingent wieder von 50 000 auf 150 000 Tonnen, wie früher und entsprechend auch der gleichlautenden Forderung des Städtetages, zu erhöhen und den verbilligten Verkauf an die Armen durch die Konsumvereine und Gemeinden selbst zu organisieren. Für diesen Antrag stimmten am 4. Dezember 1928 in namentlicher Abstimmung nur die Kommunisten und Sozialdemokraten. Sechs Demokraten enthielten sich der Stimme. Alle übrigen, vor allem die gesamte Zentrumsfraktion, stimmten dagegen.

Inzwischen beteiligte sich auch das Zentrum an den Angriffen auf den Rest von 50 000 Tonnen verbilligten Gefrierfleisches. Durch die Vorlage eines Gesetzes betreffend die Aufhebung der Verordnung über Einfuhrerleichterungen für Fleisch, zu denen besonders auch die Zentrumsagrarier die Regierung zu zwingen verstanden, sollen auch die letzten 50 000 Tonnen zollfreien Gefrierfleisches fallen. Alle entgegengesetzten kommunistischen Anträge sind erneut im Reichstag vom Zentrum, als einem Teil der großbürgerlichen Front, abgelehnt worden.

Das Zentrum ist also grundsätzlich für das Gesetz auf Beseitigung des zollfreien Gefrierfleisches und raubt damit ganz bewußt den ärmsten der Armen ihr letztes Stückchen Fleisch vom Munde.

Lebensmittelverteuerung durch Zollraub

Aber diese Gefrierfleischangelegenheit ist ja nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem großen Zollraub, an dem sich das Zentrum restlos und geschlossen beteiligt hat und der noch schnell vor den Sommerferien des Reichstages mit den Zentrumsstimmen beschlossen wurde.

Kein wichtiges Volksnahrungsmittel bleibt vom Zollraub der profitgierigen Großagrarier verschont. Auf Mehl, Fleisch, Butter, Käse, selbst auf Kartoffeln — auf all das sind bereits gewaltige Zölle gelegt worden oder sollen noch gelegt werden. In den letzten Reichstagssitzungen vom 27. und 28. Juni dieses Jahres stimmten durchweg alle Zentrumsabgeordneten den beantragten Zollerhöhungen zu.

Angst vor der Wirkung dieser Zollerhöhungen auf ihre eigenen Anhänger und zum Zwecke der Verschleierung ihrer bewußt arbeiterfeindlichen Politik griff die Zentrumspartei zu einem unerhörten Betrugsmanöver. Sie brachte nämlich eine Entschließung ein, „wonach die aus den Zollerhöhungen auf Lebensmittel fließenden Mehreinnahmen zur Verbilligung von Wohnungen kinderreicher Familien verwendet werden" sollen. Also, zuerst raubt man den kinderreichen Familien durch Zollerhöhungen das Brot, die Butter und den Zucker aus dem Küchenschrank und dann verhöhnt man diese Armen noch durch die scheinheilige Vertröstung, dafür verbilligte Wohnungen zu bekommen. Wer's glaubt, wird selig!

Wenn sich bereits die katastrophalen Folgen dieser echt christlichen Zollräubereien gerade für die kinderreichen Arbeiterfamilien durch eine schnellwachsende Teuerung der Lebensmittel — beispielsweise ist allein der Mehlpreis an der Börse von Anfang bis Mitte Juli, also sofort nach den beschlossenen Zollerhöhungen, von 260 auf 322 Mark pro Tonne gestiegen! — bemerkbar machen, dann mögen sich die Zentrumswähler in erster Linie bei ihren eigenen sogenannten Volksvertretern bedanken.

Abbau der Arbeitslosenunterstützung

Zu derselben Zeit, wo für alle Werktätigen die Lebenslage durch Zölle verschlechtert wird, beteiligt sich das Zentrum auch noch

Auch im nächsten Krieg nicht ohne den Beistand der Kirche ...

an der Vergrößerung des Elends der Allerärmsten, der Erwerbslosen.

Am 8. Februar ds. Js. hat der Reichstag den Beschluß gefaßt, die Krisenfürsorge möglichst auf alle Berufe auszudehnen. Dieser niemals wirklich durchgeführte Beschluß ist bereits am 29. Juni abgelaufen. Da trotz des Rückganges der Arbeitslosigkeit immer noch 477 000 Erwerbslose ohne Unterstützung vorhanden sind, hat sich die Kommunistische Reichstagsfraktion bemüht, gerade diesen Aermsten zu helfen. Alle in dieser Richtung liegenden Anträge sind jedoch von der Zentrumspartei abgelehnt worden.

Vom Zentrum wurde niedergestimmt der Antrag, alle Arbeitslosen, die infolge der gegenwärtigen Bestimmungen keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, in die Krisenfürsorge für die ganze Dauer ihrer Arbeitslosigkeit aufzunehmen. Die Zentrumsabgeordneten stimmten gegen den Antrag, wonach die Höhe der Krisenunterstützung dieselbe sein soll wie die der Arbeitslosenunterstützung. Selbst der kommunistische Eventual-Antrag, dann wenigstens die bis zum 29. Juni 1929 geltende Verordnung über die Krisenfürsorge ohne zeitliche Begrenzung weiter zu verlängern, fand bei der Zentrumspartei Ablehnung.

Dafür aber ist die Zentrumsfraktion mit der treibende Faktor an dem sogenannten „Sofort-Programm" des Reichsarbeitsministeriums, das sich bemüht, die bestehenden Erwerbslosensätze noch weiter abzubauen.

Der Betrug an den Lohnsteuerzahlern

Diesem Abbau der Erwerbslosenunterstützung entspricht auf der anderen Seite der Raub der Lohnsteuer von jenen, die noch das zweifelhafte Glück haben, produktiv für die Kapitalisten tätig zu sein.

Das Steuersystem sieht bekanntlich so aus, daß etwa 70 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen von den Massen und nur 30 Prozent, wovon noch ein großer Teil auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt wird, vom Besitz erhoben werden. Um die Arbeitermassen über dieses Klassensteuersystem hinwegzutäuschen, beschloß der Bürgerblock-Reichstag im Jahre 1925 auf Zentrumsantrag, daß die Lohnsteuer gesenkt werden müßte, sobald das Gesamtaufkommen aus der Lohnsteuer mehr als 1200 Millionen im Jahre betragen würde. Das war die berühmte Lex Brüning.

Im Dezember 1927 brach das Zentrum zum ersten Male sein Versprechen, indem es, was auch beschlossen wurde, beantragte, daß das Gesamtaufkommen aus der Lohnsteuer auf 1300 Millionen festzusetzen sei. Nachdem immer wieder auch diese Steuergrenze überschritten wurde — im vergangenen Rechnungsjahr waren es z. B. 114 Millionen über den 1300 Millionen — beschloß der Reichstag im Juli 1928 endlich eine ganz minimale Steuersenkung in der Weise, daß beispielsweise einem verheirateten Arbeiter bei einem Einkommen von 120 Mark monatlich ganze 15 Pfennig, d. h. pro Tag ein halber Pfennig, erlassen werden sollten. Dieser Beschluß trat am 1. Oktober 1928 in Kraft.

Die letzten Tage nun der Reichstagsverhandlungen vor den Sommerferien waren erfüllt von der fieberhaften Arbeit der Parteien, besonders aber der Zentrumspartei, ihr eigenes Gesetz überhaupt zu beseitigen. Und wie bei den Zollerhöhungen wurde auch hier wieder von der Zentrumspartei ein demagogisches Manöver durchgeführt zur Verschleierung der arbeiterfeindlichen Attacke. Das von der Regierung vorgelegte Gesetz zur Außerkraftsetzung der Lex Brüning bis zum Jahre 1934 sieht nämlich entsprechend den Zentrumswünschen vor, daß die zur direkten Steuersenkung zu benutzenden Summen in Zukunft der Knappschafts- und Invalidenversicherung zugeführt werden sollen. Welch eine soziale Maßnahme! Die Steuergroschen der Arbeiter werden z. B. dem Ruhrkohlensyndikat überwiesen, damit die Kohlenbarone die Renten und eventuell auch erhöhte Löhne zahlen sollen. Letzten Endes bezahlen also die Arbeiter aus ihren eigenen, ihnen geraubten Steuergroschen die eigene Lohnerhöhung!

In der letzten Sitzung des Reichstags vor den Sommerferien ist tatsächlich die Lex Brüning, auch mit den Zentrumsstimmen, gefallen. Die Zentrumspartei hat durch die Beseitigung ihres eignen Gesetzes — Brüning ist der Name des Steuerfachmanns der Zentrumspartei — nur bewiesen, daß es ihr niemals ernst gewesen ist um eine wirkliche Senkung der Steuern aus den Löhnen und Gehältern, d. h. nie ernst gewesen ist, um eine Erleichterung der Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Steuerfreiheit für Millionäre

Sobald es sich aber um Großverdiener handelt, kann das Zentrum in seiner Steuerpolitik sehr freigebig sein.

Der vom Finanzminister Hilferding vorgelegte Plan einer steuerfreien Anleihe in Höhe von 500 Millionen fand die restlose Unterstützung dieser seltsamen Partei des „sozialen Ausgleiches", obwohl feststeht, daß diese Anleihe geradezu eine Prämiierung der Steuerhinterziehung bedeutet und darüber hinaus fünf Jahre lang Millionen und aber Millionen an Zinsen aus den Steuergroschen der Werktätigen kosten wird. Die 2399 Millionäre, die es in Deutschland augenblicklich gibt, werden natürlich sich das Recht der Steuerfreiheit und obendrein noch der fetten Zinszahlung in der Höhe von 9 bis 16 Prozent nicht zweimal anbieten lassen!

Die kommunistische Fraktion hat gegenüber diesen direkten Geschenken an die steuerscheuen Millionäre antragsgemäß eine direkte Millionärsteuer vorgeschlagen, wonach an Stelle der Hilferding-Anleihe ein Gesetz geschaffen werden soll, das die großen und größten Vermögen von 500 000 Mark an einer erhöhten außerordentlichen Besteuerung unterwirft und die erhöhten Einnahmen der Arbeitslosenunterstützung zuführt.

Am 15. Mai hat mit allen übrigen Parteien auch das Zentrum diesen kommunistischen Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Panzerchristentum

Die Bewilligungsfreudigkeit steigert sich beim Zentrum ins Uferlose, sobald es sich um solche christlichen Argumente wie Kanonen und Panzerkreuzer handelt.

Wie immer schon hat die Zentrumsfraktion nicht nur alle Militärforderungen aus dem Wehretat restlos bewilligt, sondern hat auch erneut, genau so wie in der Bürgerblockperiode, ausdrücklich allen Raten für die Panzerkreuzerserie zugestimmt.

Es ist natürlich keine Entschuldigung für die Zentrumspartei, wenn sie erfreut darauf hinweist, daß ja auch die SPD., anders als in der Bürgerblockzeit, dem Panzerkreuzerbau zustimmt. Die Zentrumspartei ist es ja, die im Rahmen der Großen Koalition der SPD. alle sogenannten Agitationsanträge verbietet und mit Erfolg in die kapitalistische Staatsbejahung, in den neuen deutschen Imperialismus und damit auch in den ganzen Panzerkreuzerkurs einspannt. Durch den Verrat der SPD. kann nicht das Verbrechen der Zentrumspartei wettgemacht werden!

Für Panzerkreuzer und gegen Kinderspeisung — das ist und bleibt, auf die kürzeste Formel gebracht, der sogenannte christliche und soziale Charakter der Zentrumspartei!

*

Schon diese verhältnismäßig kleine Auswahl aus der Parlamentspraxis zeigt, daß die Zentrumspartei eine in jeder Beziehung kapitalistische und reaktionäre Partei ist. Sie ist jetzt, wo sie im Rahmen der Großen Koalition zusammen mit der Sozialdemokratie regiert, noch gefährlicher, als wenn sie offen im Bürgerblock die Regierungsgeschäfte führen würde. Denn jetzt müssen naturgemäß ihre Argumente noch scheinheiliger, ihre Politik noch mehr durch soziale Phrasen vertuscht werden.

Ganz besonders aber muß im Zusammenhang mit der freudigen Bewilligung der Panzerkreuzer durch die Zentrumspartei und in Erinnerung an die Kriegshetzerrolle dieser Partei vor nunmehr 15 Jahren, wo sie bewußt den Massenmord religiös begründete, gerade in diesem Augenblick gesteigerter Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen Kriegspfaffentum und Panzerchristentum hingewiesen werden.

Erst recht die christlichen Proletarier, die gleich allen anderen Unterdrückten kein Interesse an einem Kriege haben, müssen diesen ihren Kampfwillen durch ihre Einreihung in die von der KPD. organisierten Antikriegsdemonstrationen am 1. August Ausdruck geben.

Darüber hinaus aber gilt es, zu erkennen und dementsprechend auch zu handeln, daß kein Proletarier in der bürgerlichen Zentrumspartei etwas zu suchen hat. Solange sich noch christliche Proletarier vom Narrenseil des „christlichen" und „sozialen" Zentrums an der Nase herumführen lassen, brauchen sie sich nicht über das wachsende Elend zu beklagen. Erst wenn sie entschlossen mit allen anderen Proletariern ohne Rücksicht auf konfessionelle Grenzen den bewußten proletarischen Kampf um ihre Existenz aufnehmen, kann der Not Einhalt geboten werden.

Helfen kann nur die proletarische, von der KPD. geführte Klassenfront.

Helfen kann nur jene Einheitsfront aller Unterdrückten, in die auch die christlichen Proletarier gehören.

Breslau

Gut Suff am Verfassungstage

Der Polizeipräsident teilt mit: „Auf Grund der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 6. März 1927 setze ich anläßlich der Feier des Verfassungstages für den Ortspolizeibezirk Breslau für die Nacht vom 11. zum 12. August d. J. die Polizeistunde allgemein auf vier Uhr fest."

Die Verlängerung der Polizeistunde gibt dem 11. August erst die rechte Weihe. „Es lebe die Republik, es lebe die Verfassung — Prost, g'suffa!

Sittliche Verfehlungen

Der 38 Jahre alte Farbenausgeber August K. hatte sich wegen schwerer Kuppelei, vollendeter und versuchter Nötigung, sowie wegen Körperverletzung vor dem erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Die Oeffentlichkeit wurde, nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, ausgeschlossen, doch gestattete man den Vertretern der Presse, der Verhandlung beizuwohnen. Die Anklage behauptet, daß der Ehemann seiner Frau Mädchen zuführte, mit denen sie unsittlich verkehrte. Er soll aber auch die Frau gezwungen haben, ihm zum Zwecke der Unzucht Mädchen zuzuführen. — Auch hatte er die Frau, nach der Darstellung der Anklage, zu ekelhaften Handlungen gezwungen. Zwischen den Eheleuten schwebt zur Zeit ein Ehescheidungsprozeß. Nach stundenlanger Verhandlung wurde die Sache vertagt, weil sich die weitere Ladung von Zeugen erforderlich machte.

Tödlicher Straßenunfall

Am Montag, gegen 13 Uhr, wurde der Arbeiter Erich Knorr, Neudorfstraße 32, an der Straßenkreuzung Taschenstraße, Ecke Schweidnitzer Stadtgraben, von einem Lastkraftwagen angefahren, so daß er gegen einen Personenkraftwagen fuhr, stürzte, und von dem letzteren überfahren wurde. K. erlitt dabei schwere innere Verletzungen, an denen er auf dem Transport in das Krankenhaus verstarb.

Mutter versucht sich und ihren Sohn zu vergiften

Am Montag versuchte die Ehefrau M. K. sich und ihren fünfzehnjährigen Sohn Herbert in ihrer Wohnung auf der Vorwerkstraße mit Gas zu vergiften. Durch die unvermutet aus dem Geschäft heimkehrende Tochter wurde das Vorhaben rechtzeitig entdeckt.

Einsturzgefahr für Häuser am Berliner Platz

Auf dem Grundstück, das zwischen den beiden Häusern 1b und 3 am Berliner Platz liegt, wird gegenwärtig der Neubau des Pfandleihamts ausgeführt. Bei den Fundamentierungsarbeiten mußte man tiefer gehen, als ursprünglich vorgesehen war. Dadurch erhielten die anliegenden beiden Häuser tiefe Risse, so daß Einsturzgefahr bestand. Es sind Maßnahmen getroffen, dieses zu verhindern.

Der Breslauer Esperantisten-Vorkongreß. Am Sonnabend versammelten sich am Vorabend des Leipziger Kongresses des Internationalen Arbeiter-Esperanto-Bundes „Sat" die schlesischen Teilnehmer im Gewerkschaftshause. Die Entwicklung des Bundes wurde kurz skizziert und Tagesfragen eingehend behandelt. Kurz vor Mitternacht verabschiedeten sich die Leipzig-Fahrer mit einem innigen: „Vivu Esperanto!"

Folgenschwerer Zusammenstoß. Auf dem Berliner Platz ging am Montag, gegen 12.45 Uhr, das Gespann des Kutschers Josef Kortnitz aus Gloschlau durch. An der Märkischen Straße stieß es mit einem Kohlenwagen des Breslauer Consum-Vereins zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden die auf dem Wagen befindlichen drei Frauen, Gertrud Raupach, Klara Fiskus und Martha Sawadzki aus Maltwitz, Kreis Breslau, sowie der Kohlenfahrer Fritz Kiesel erheblich verletzt. Alle vier Personen wurden in das Elisabethinerinnen-Krankenhaus übergeführt.

Eigenartigen Selbstmord beging ein 29jähriger Ingenieur im Laboratorium der Firma Kantorowicz, Leuthenstraße 45, indem er unter einen großen Glaskasten kroch und Leuchtgas einatmete. Man fand ihn morgens tot im Kasten auf.

Bewußtlos aufgefunden wurde am Sonnabendabend in der Nähe des Waldbades Cosel der Vinzenzstr. 39 wohnhaft gewesene Arbeiter Paul Fiedler. Er wurde in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert, verstarb jedoch schon unterwegs an den Folgen des erlittenen Schlaganfalles.

Letzte Mahnung! Alle Genossen vom Stadtteil West, die noch im Besitz von Plaketten sind, müssen heute Dienstag von 19 bis 20 Uhr im „Angierheim", Leuthenstraße, zwecks Abrechnung erscheinen; ebenso alle Unterkassierer vom Stadtteil West.

Betriebstätige, Notstandsarbeiter und Erwerbslose

Mittwoch, abds. 8 Uhr, in den Zentral-Ballsälen, Westendstr. 50

große öffentliche

Protest-Versammlung

Tagesordnung

1. Abbau der Arbeitslosen-Unterstützung und Erhöhung der Beiträge
2. Soll die Pflichtarbeit wieder eingeführt werden?
3. Freie Aussprache

Eintritt 10 Pfg.

Betriebstätige, Notstandsarbeiter, Erwerbslose, erscheint in Massen, denn es geht um eure Existenz!

Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesien
Notstandsarbeiter-Vertretung

Wer feiert Verfassung?

Pfaffen, Reichswehr, Schupo und Bonzen

Die Werktätigen haben mit dem Rummel nichts zu tun

Die „Volkswacht" veröffentlicht folgendes Verfassungsprogramm: Zu Beginn hält der Oberpräsident Lüdemann im Rundfunk einen Vortrag, in dem er darüber sprechen wird, warum wir den 11. August feiern. (So ganz klar scheint das also doch noch nicht zu sein. Die Redaktion.) Auf dem Platz der Republik wird ein großer Zapfenstreich den Abend beschließen. Am nächsten Morgen wird ein Wecken den Tag einleiten.

§ 149 der Verfassung: Religion ist ordentliches Lehrfach

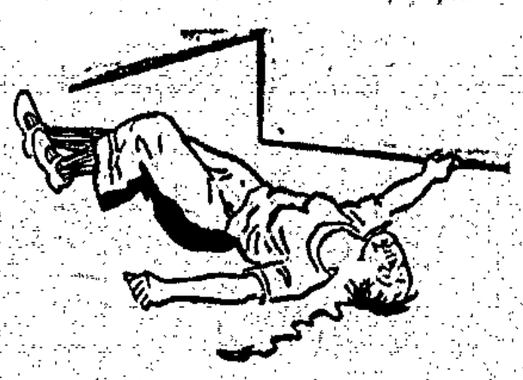
Die Kirchen werden des Verfassungstages gedenken,

wie dies am Tage vorher bereits in den jüdischen Tempeln geschehen sein wird. Um 11 Uhr findet dann die große Verfassungsfeier der Breslauer Behörden in der Jahrhunderthalle statt. Von 12 bis 13 Uhr finden Platzkonzerte statt, und zwar u. a. ausgeführt von zwei Kapellen der Reichswehr und der Kapelle der Schutzpolizei. Ueber diesen Konzertplätzen wird von der Jahrhunderthalle herkommend eine Fliegerstaffel kreisen ...

Nachstehend einige Illustrationen zu dem Verfassungsaufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(Der § 1 meint natürlich unter „Volk" nur die sozialdemokratischen Bonzen und Staatsfunktionäre)

„Die in ihren Vorrechten Geschmälerten ... können es dem heutigen Staate nicht vergessen, daß er die breite Masse des schaffenden Volkes zur Mitarbeit berufen hat."



Die 31 Toten des 1. Mai sind ein Beweis dieses Arbeiterschutzes

„Sie zürnen darüber, daß Arbeiterschutz ..... fortentwickelt worden sind."

Und nun einige begleitende Bilder zu dem Aufruf des Herrn Lüdemann:

„Hoch die Demokratie" ruft Severing und knüpft sie am § 48 auf

„Nach schweren Jahren des Kampfes um die Ueberwindung politischer und wirtschaftlicher Not gelangen wir jetzt zu einem Zeitpunkt, der uns Veranlassung gibt, uns rückschauend zu fragen, ob wir hoffen dürfen, vorwärts zu kommen."

„Ich freue mich feststellen zu können, daß mir von einem regen Interesse aller Kreise der Bevölkerung an den geplanten Veranstaltungen anläßlich des Verfassungstages berichtet wird."

Arbeiter, ausgebeutete Werktätige aller Schichten! Ihr gehört nicht zu jenen, über die sich Herr Lüdemann „freut". Ihr habt kein „reges Interesse" am Verfassungsrummel. Ihr habt nur ein Interesse: das ist das am Sturz dieser Gesellschaftsordnung, deren Weihräucherung die Verfassung ist, deren Lob das Theater am 11. August sein soll. Deshalb: kein aufrechter Arbeiter, kein seiner Klassenlage bewußter Werktätiger darf den ganzen Klamauk mitmachen.

Kleine Wohnungen – teure Mieten

in der Siedlung Tschansch

Im Osten Groß-Breslaus geht das diesjährige größte Bauvorhaben der Stadt, die Siedlung Tschansch, seiner Vollendung entgegen. An der Ohlauer Chaussee (jetzt Karl-Marx-Straße) zwischen Klein- und Groß-Tschansch sind 114 Häuser mit 763 Wohnungen neu erstanden. Vorwiegend sind es Kleinstwohnungen, bestehend aus einem Wohnraum, Küche und Entree, von insgesamt 40 Quadratmeter Wohnfläche. Bei 78 Wohnungen tritt ein weiteres Zimmer hinzu, der Rest besteht aus Drei- und Vierzimmerwohnungen. Während in den Siedlungen Zimpel und Pöpelwitz fast alle Wohnungen Badeeinrichtungen haben, wurden hier Becken zur Körperreinigung eingebaut, nur die größten Wohnungen besitzen Badeeinrichtung. Entree und Küche sind neuzeitlich mit eingebauten Garderoben und Geschirrschränken versehen. Alle Wohnungen werden durch ein Fernheizwerk mit Warmwasserheizung gespeist, dem Wannen- und Brausebad wie eine gemeinsame Waschanstalt mit Trockenböden angeschlossen sind.

Die Bauarbeiten gehen zu Ende. Die meisten Wohnungen sind schlüsselfertig, ein Teil ist bereits bezogen.

Arbeitersiedlung Tschansch hat der Magistrat dieses Bauvorhaben getauft. Diese Wohnungen sollen dem Wohnbedürfnis jener Schichten Rechnung tragen, die nicht so mit dem Daumen wackeln können, wohl aber Monatsmieten von 40 Mark aufbringen könnten.

30 Mark kostet die kleinste, 48 Mark die mittlere Wohnung pro Monat Miete, das sind 9 Mark pro Quadratmeter. Die sogenannte Friedensmiete für Stadtwohnungen schwankt je nach Beschaffenheit und Wohngegend zwischen 4 bis 7 Mark. Selbst die Mieten in Pöpelwitz und Zimpel werden von den in Tschansch noch um mehr als 10 Prozent überholt.

Für uns Kommunisten ist die Kleinstwohnung als Arbeiterfamilienwohnung absolut undiskutabel. Zwei Zimmer mit Küche und Bad für die kleinste Familie ist unsere Forderung. Wir lehnen es ab, die Wohnungskosten der Arbeiterfamilien durch Verringerung der Wohnfläche zu senken, nur die Senkung der Neubaumiete kommt in Frage. Die Mieten der Neubauwohnungen müssen für die breiten Massen wirtschaftlich tragbar sein, sie dürfen 15 v. H. der durchschnittlichen Monatslöhne gelernter und ungelernter Arbeiter nicht übersteigen.

Mieten von 40 und mehr Mark sind für die breite Masse der werktätigen Bevölkerung nicht tragbar, sie beanspruchen 30, 40 und mehr Prozent des Durchschnittseinkommens einer Arbeiterfamilie. Bei dieser Mietengestaltung bleibt auch fernerhin der Neubau dem Durchschnittsarbeiter verschlossen.

Zum Angelpunkt in der Neubautätigkeit wie in der ganzen Wohnungspolitik wird immer mehr der Kampf um wirtschaftlich tragbare Mieten. Wenn nur die Summen, die schon Jahr und Tag für Wohnungsbauzwecke eingetrieben werden, auch für diesen Zweck verwendet würden, könnten das Doppelte an Wohnungen erstellt und auch die Mieten auf ein tragbares Maß gesenkt werden.

Soll das Wohnungselend nicht verewigt werden, gilt es für die Arbeiterschaft, auch auf diesem Gebiete den Kampf zu organisieren.

Zu den Mannschaftswettkämpfen der Freien Turnerschaft wären noch die Männer-Ergebnisse nachzutragen. Es siegte 7. Abteilung 1008½ Punkte, vor 5. Abteilung 958½ Punkte. Beste Einzelleistungen: 100-Meter-Lauf: Günther, 5. Abteilung 12,4 Sek.; Kindler, 7. Abteilung, 12,5 Sek.; Rudolf, 5. Abteilung, 12,6 Sek. Weitsprung: Kindler, 7. Abteilung, 5,90 Meter; Gnisa, P., 7. Abteilung, 5,50 Meter; Biallas, 7. Abteilung, 5,40 Meter. Kugelstoßen (7¼ Kilogramm): Biallas, 7. Abteilung, 9,10 Meter; Kindler, 7. Abteilung, 8,78 Meter; Rudolf, 5. Abteilung, 8,72 Meter; Hirschel, 5. Abteilung, 8,60 Meter. Beste Punktergebnisse: Kindler, 7. Abteilung, 241 Punkte; Gnisa, P., 205 Punkte; Biallas, 7. Abteilung, 192 Punkte.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— **Stadtteil West.** Alle Unterkassierer und alle Genossen, die im Besitz von Plaketten und Broschüren sind, Dienstag, von 19 bis 20 Uhr, zur Abrechnung unbedingt erscheinen.

— **Stadtteil Süd.** Dienstag, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Schneemann, Sadowastraße 8. Erscheinen ist Pflicht.

Sonstige Organisationen.

Breslau

— **Arbeiter-Angler-Verein.** Donnerstag, 19½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Mitgliederversammlung.

— **Rates Geschwader.** Dienstag, bei Arndt, Malergasse, Kameradschaftsabend. Tagesordnung: Programm und die nächste Arbeit. Alle revolutionären Arbeiter und Sympathisierenden sind zu diesem Kameradschaftsabend eingeladen.

Strehlen. Verband für Feuerbestattung. Dienstag, 20 Uhr, Monatsversammlung im Gewerkschaftsheim.

Waldenburger Bergland

Kumpels, laßt euch nicht antreiben!

In der Davidgrube verunglückte der Hauer Aloe, als er nach Abgabe eines Schusses das Hangende auf seine Sicherheit prüfte. Ein herabfallendes Kohlenstück verletzte ihn am rechten Bein. — Der Hauer Birkner zog sich beim Auswechseln von leeren Wagen eine Verletzung zu. — In der 2. Abteilung der Sophiegrube verunglückte der Hauer Jehst. Beim Hochheben der Rohrleitung löste sich die Bordscheibe und der Hauer wurde durch den ausströmenden Luftdruck erheblich am Kopfe verletzt. — Auf derselben Schachtanlage verunglückte der Hauer Adametz. Er war mit dem Auswechseln von Leitungsbäumen beschäftigt und zog sich bei dieser Arbeit schwere Verletzungen am Rückgrat zu.

Kumpels, laßt euch nicht antreiben! Fordert Beseitigung des Ueberarbeitszeitabkommens und Lohnerhöhung!

Mit der Grubenfunze durchs Waldenburger Land

Eingangs unserer Erzählung gedenken wir der Bergsklaven, welche in Hermsdorf infolge der Schuld der Grubenbeamten durch schlagende Wetter einen grausamen Tod starben. Mit der Trauer um die toten Kameraden verbindet sich ein brennender Haß gegen alle Vampire am Volkskörper, und wir geloben an der Totenbahre, unser Bestes herzugeben, um allen Unrat mit eisernem Besen auszufegen.

*

In unserem Revier treibt ein Kreisleiter des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und stellvertretender Landrat sein Unwesen. Die Ortsgruppe Friedland des Zentralverbandes beschloß in einer Mitgliederversammlung in den „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit" überzutreten. Das brachte unsern berüchtigten Brocke (Salzbrunn) gänzlich um das bißchen Verstand. Er ging in die Wohnung des Kassierers Heinrich Kramer und suchte nach Material. Der Invalide Kramer weigerte sich, die Sachen herauszugeben. Darauf warf der brutale Kreisleiter und stellvertretende Landrat den kleinen, schwachen, 64jährigen Mann auf den Fußboden und schlug auf ihn ein. Das ist ein „überzeugter" Anhänger der Partei mit den „geistigen" Waffen. Brocke durchsuchte mit nicht zu überbietender Frechheit sogar die Betten und Kleidungsstücke nach Material. Daß auch Genosse Kunze aus Langwaltersdorf in Abwesenheit mit allerhand Kosenamen belegt wurde, kennzeichnet noch mehr den stellvertretenden Landrat Brocke.

*

Als Gottesberg und Hermsdorf noch nicht eingemeindet waren, brauchte man für arbeitslose Kinder von 14 Jahren an kein Wassergeld zahlen. Das ist nun anders geworden. Die Eltern bezahlen jetzt 80 Pfg. monatlich auch für Lehrlinge, welche zu Hause schlafen. Die ausgesperrten Textilarbeiterinnen haben sogar ab 1. April nachzuzahlen. Diesen Betrag zahlen die Arbeiter ohne Wasseruhren. Für Bezahlung sorgt die hochwohllöbliche Polizei im Unterbezirk; wo wir uns eben rühren acht bis zehn Mann, und wenn sie hinter einer Glastür stecken. Im Saal sitzt der Kriminalbeamte oder mehrere Krimse. Sollten diese aufklärenden Versammlungen für die Beamten nicht gefährlich sein? In Friedenszeiten bei sozialdemokratischen Versammlungen eine Pickelhaube als Bewachung, und in der „freien" Republik bei einer kommunistischen Versammlung acht bis zehn Tschakos und einige Zivile. Die Zeiten ändern sich.

*

Rrrrrat . . . an Telephon. Hallo, wer dort? Bergbau-Industriezeitung Nr. 30 vom 27. Juli 1929! Hier Heinrich Stallknecht, Fellhammer. Ihr schreibt: Warum gab es im Kriege kein Fleisch, warum haben die damaligen Esel die Pferde nicht abgezogen? Waren das auch Esel, die damals predigten: Bergarbeiter, das Vaterland ist in Gefahr, alle Mann an Bord! Auch ich mußte das von euch mit „Vaterland" Bezeichnete verteidigen, da kann ich doch kein Ochse gewesen sein. Die Proleten mußten statt der Schweine Hunde und Katzen fressen. Trotz knurrenden Magens der Arbeiter schrien die SPD.-Führer ihr Aushalten, Durchhalten und Maulhalten in die Lande. Die Böcke waren im Lazarett. Als verwundeter SPDistischer Vaterlandsverteiliger im Lazarett liegend, kann ich doch kein Bock gewesen sein. Daß in den Fabriken Gänse waren, kann ich glauben, da bei dem Munitionsarbeiterstreik der Gänserich die Arbeiter und Frauen in die Fabrik jagte. (Siehe Ebert-Prozeß.) Daß Esel an der Regierung waren, ist bekannt. Was sind denn die in der heutigen Regierung, die dem Panzerkreuzerbau zustimmen und „Nie wieder Krieg" predigen? Und das übrige Rindvieh zeichnete Kriegsanleihe. Nun, ich habe als organisierter Arbeiter und SPdist nur meine Pflicht getan, indem ich ein guter Agitator für die Anleihe war. Zum Schluß möchte ich nicht vergessen zu sagen, daß ich im nächsten Kriege gegen Kommunisten und Rußland wieder zur Stelle sein werde, verstanden? Auf Wiedersehen! Jawohl, Heinrich, gern bereit! Auf Wiedersehen!

*

Rudolf Seidel aus Gottesberg, früherer Knappschaftsältester, wird die Kommunisten schon ausräuchern, wenn das anderen gar nicht gelingen will. Wenn er sich nur nicht lächerlich machen möchte. Genosse Kirchner als Unterkassierer des BAV. brachte als Begleiter einen Kindertransport nach Werneuchen bei Berlin, wo er das Pech hatte, wegen Ueberfüllung der Heime mit den Kindern einige Tage unfreiwilligen Aufenthalt in Berlin zu schlucken. Kirchner war deshalb verhindert, die Kameraden seines Sprengels zu der Sonnabend stattfindenden Zahlstellenversammlung einzuladen. Grund genug für einen politisch gehässigen Menschen, gegen einen kommunistischen Unterkassierer Unterschriften zu sammeln. Sind etwa auch wieder die Kommunisten schuld, daß dir die jährliche Einnahme von 500 Mark für den Aeltesten-Posten flötengegangen ist? Na aber, Kamerad Seidel, deine Tüchtigkeit als Knappschaftsältester ist doch durch die gute Unterbringung deiner Söhne (Reichswehr und Knappschaftszahnklinik) reichlich gelohnt. Dem Sprengel Fischer solltest du ein wenig Aufmerksamkeit schenken. Fischer trat mit Mitgliedern von der Schwerspatgrube Gottesberg zu den Hirsch-Dunckerschen über, weil sie von der Bezirksleitung des BAV. wegen „Ueberlastung" keine Auskunft über wichtige Fragen erhalten konnten. Die Bezirksleitung verwies die Kameraden an Steinmetz, Schmiedeberg. Aus Verärgerung über diese Behandlung der Uebertritt. Wer ist daran schuld? Auch wieder die Kommunisten? Die ehrlichen Kameraden des Sprengels Kirchner werden natürlich die politischen Treibereien des Seidels ablehnen.

*

Berginspektor Gerke war im roten Moskau, um ein Gutachten über eine aufgestellte Maschine abzugeben. Bei dieser Gelegenheit wollte er sich den „Rummel da drüben" mal ansehen. Und er berichtete, daß er in staatlichen Hotels für schweres Geld trockenes Brot essen mußte (als ob das dem schaden würde). Der arme „Abgemagerte" (mit Schmerbauch) mußte sich in englischen Hotels oder auf dem Lande bei den Bauern sattessen. Mag der gelitten haben, doch Proleten, wenn das schon wahr ist, was Gerke unter Schluchzen erzählt, dann ist das ein Beweis, wie ein Arbeiterstaat fette Kapitalisten aufnimmt.

Wo wird nächste Woche „gefunzt", hä? Jason.

Gesundheitszustand der Opfer der Hermsdorfer Grubenkatastrophe

Nach einer Meldung des Waldenburger Knappschaftslazaretts hat sich der Gesundheitszustand der bei der Grubenkatastrophe in Hermsdorf Verunglückten wenig geändert. Zwei Kameraden sind außer Lebensgefahr. Die drei weiteren hofft man ebenfalls am Leben zu erhalten. Ob sie jemals noch arbeitsfähig werden, darüber schweigt sich die Lazarettverwaltung wohlweislich aus.

Wir werden in den nächsten Tagen weiteres Material über die Folgen des wahnsinnigen Antreibersystems auf den Gruben veröffentlichen.

Tödlicher Unfall auf der Schwerspatgrube

Am Sonntagmittag wurde auf der Kohlauer Schwerspatgrube der Aufseher Hoffmann tödlich verschüttet.

Schwerer Verkehrsunfall. In der Nacht wurde der Kutscher August Rother aus Donnerau bei der Wüstegiersdorfer Teichmühle mit einer schweren Kopfwunde aufgefunden, die bereits um 6 Uhr früh seinen Tod herbeiführte. Ob ein Unfall oder ein Verbrechen vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

Landeshut

Schwer verbrüht

Auf der Bleiche schoß dem Vorarbeiter Paul Rind ein Strahl kochender Lauge aus einem Kessel gegen Schulter und Brust. Er mußte schwer verbrüht vom Platze getragen werden.

Jauer

Von einem Bullen aufgespießt

Als der sechzehnjährige Sohn des Oberschweizers vom Dominium Kolbnitz die Viehkoppel in Ratschütz betrat, wurde er von einem Bullen angefallen. Das wilde Tier stieß ihm die Hörner in den Rücken, so daß er ein großes Loch in der Nierengegend und andere Verletzungen davontrug. Der Unglückliche wurde ins Krankenhaus nach Jauer geschafft.

Sturz. Auf der Straße Rohnstock—Kauder fand der Oberlandjäger den 26jährigen Handelsmann Martin Kranz aus Berbsdorf bewußtlos neben seinem Motorrad auf. Er wurde mit einer Gehirnerschütterung und anderen schweren Verletzungen in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.

Schlechte Kernobsternte. Bei der Kernobstverpachtung des Kreises wurden nur 4071 Mark gegen 12 438 Mark im Vorjahre gelöst.

Schwere Messerstecherei. In der Nacht zum Montag entstand in der Werderstraße eine Schlägerei zwischen Melkern. Einer der Beteiligten erhielt einen gefährlichen Messerstich in die Nierengegend.

Niederschlesien

Antikriegsdemonstrationen überall

Verspätet gehen uns mehrere ausführliche Arbeiterkorrespondenzen über die Antikriegskundgebungen in verschiedenen Orten zu. Wir veröffentlichen sie, nachdem wir die kurzen Meldungen bereits abgedruckt haben.
D. Red.

Massenaufmarsch in Liegnitz

Trotzdem sich die „Tante", das Blatt der Sozialfaschisten, tagelang die größte Mühe gegeben hatte, die klassenbewußte Arbeiterschaft von ihrer Pflicht, am 1. August gegen den Krieg zu demonstrieren, abzubringen, waren dem Rufe der Kommunistischen Partei einige Hundert Proleten gefolgt. Ueberall in den Straßen standen die Menschen dichtgedrängt. Ganz besondere Aufmerksamkeit erregten die ehemaligen Roten Frontkämpfer, welche in voller Uniform marschierten und damit zeigten, daß sie sich einen Dreck um Grzesinskis Erlasse kümmern. Am Schluß der Demonstration nahm der Zug zur Kundgebung auf dem Friedrichsplatz Aufstellung. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge lauschte den Ausführungen des Referenten, unseres Genossen Ernst Wollweber MdL. Begeistert stimmten die Massen in den Ruf „Rot Front!" ein. Dann sprach der Leiter der KJ., Genosse Haberland. Mit einem Hoch auf die 3. Internationale wurde die Kundgebung geschlossen. Die erschienenen Massen hatten den Beweis erbracht, daß sie nicht länger mehr gewillt sind, sich durch die vollkommen versumpfte SPD. irreführen zu lassen.

Auch Provokateure waren wieder am Werk! Ein besoffener Reichsbannermann versuchte immer wieder, im Demonstrationszuge zu marschieren. Als eine besondere Blüte von Jugenderzieher entpuppte sich der Lehrer Alfred Grimm, Sophienstraße 34 wohnhaft. Dieser „Herr" machte seiner Wut über den Aufmarsch der Kommunisten dadurch Luft, daß er dem noch schulpflichtigen Fritz Ilgner, Sedanstraße 7, ohne jeglichen Grund auf der Goldberger Straße ein paar Ohrfeigen verabreichte. Ein Genosse nahm sich des Kleinen an und ließ durch einen Polizeibeamten die Personalien des trendeutschen „Jugenderziehers" feststellen. Eine weitere Knospe der sogenannten „besseren Gesellschaft" ist der Handelslehrer Emil Kurt Schmidt aus Sebnitz (Sachsen), wohnhaft Hedwigstraße 41. Schmidt ist ehemaliger Offizier, mit den diesen Kreisen anhaftenden Flegelmanieren. Er provozierte auf dem Friedrichsplatz durch Worte und Gebärden die umstehenden Arbeiter. Nur der beispiellosen Disziplin hat Schmidt es zu verdanken, daß ihm nicht das Fell gegerbt wurde.

Saalkundgebung im großen Wintergarten

Unserer Einladung zur Saalveranstaltung im großen Wintergarten waren über 300 Sympathisierende gefolgt. Ein abwechslungsreiches Programm sorgte für die Unterhaltung. Ein vom Genossen Müller verfaßtes Theaterstück in drei Aufzügen fand lebhaften Anklang. Die Polizei war, wie bei der Demonstration, so auch bei der Saalkundgebung reichlich vertreten.

Beide Veranstaltungen waren für uns der Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Liegnitzer Arbeiterschaft hat erkannt, daß sie in der Sozialdemokratischen Partei nichts zu suchen hat.

Polizei überfällt die Schalmeienkapelle in Glogau

Die Hetze des „Volkswillens" und der bürgerlichen Zeitungen hat auch in Glogau ihre Wirkung nicht verfehlt. Kurz vor Abmarsch der Demonstration erschien die blaue Polizei unter Führung des berüchtigten Polizeikommissars Kramer. Er forderte die Arbeiter auf, die Instrumente abzugeben. Als sich die Arbeiter weigerten, ließ er sie

von der Schupo umzingeln und festnehmen.

Ein Wunder, daß die Arbeiter die Ruhe bewahrten. Man hat es allen angemerkt, wie den Blauen die Knie schlotterten! Die Arbeiter zogen geschlossen mit dem Gesang der Internationale zur Wache. Eine Menschenmasse füllte sofort die Straße. Auf der Wache war Kramer äußerst frech. Trotzdem die Arbeiter nachweisen konnten, daß die Instrumente ihr Eigentum waren, wurden diese beschlagnahmt. Obwohl der Polizei sehr gut bekannt war, daß schon acht Tage lang gespielt wurde, hatte sie nichts unternommen. Sie hat gedacht, der 1. August muß hinhalten, um zu provozieren, damit es zum Blutvergießen kommt und schließlich die Schuld den Kommunisten in die Schuhe geschoben werden kann. Dies wurde durchkreuzt. Die Genossen zogen geschlossen von der Polizei mit Fahnen, Transparenten und mit Gesang durch die Straßen nach dem Franziskanerplatz. Hunderte von Werktätigen füllten den Platz. Genosse Vogel sprach. Am Schluß marschierten die Arbeiter nach dem Dominikanerplatz. Mit Pfuirufen zogen sie an der Polizeiwache vorbei. Trotzdem sich die Demonstration auf dem Dominikanerplatz auflöste, zogen die Arbeiter vor die Polizeiwache als Protest gegen die Beschlagnahme der Instrumente. Die Polizei provozierte die Passanten und nahm willkürliche Verhaftungen vor. Bis zum späten Abend zogen die Arbeiter an der Polizeiwache vorbei. Es hat sich dabei gezeigt, daß Hunderte von Arbeitern auf der Seite der Kommunisten stehen, was dem Bürgertum einen Schrecken in die Glieder jagte.

Rege Beteiligung in Striegau

Die Kundgebung am 1. August und die anschließende öffentliche Versammlung waren gut besucht. Auch die Beteiligung an der Demonstration war eine rege, obwohl an den Plakaten nur die Versammlung bekanntgegeben worden war. Auf dem Ringe war eine große Menschenmenge versammelt, die dem Demonstrationszug einen begeisterten Empfang bereitete und sich zum Teil dem Zuge anschloß. Die Ansprache hielt ein Genosse aus Schmiedeberg. Er erntete reichen Beifall. Zwei Genossen unterstützten in der Diskussion seine Ausführungen. Insbesondere ging Genosse Geisler auf die Verfassungsfeier in Striegau ein. Er forderte die Arbeiter auf, mit der Sozialdemokratie endgültig zu brechen und ihre Presse hinauszuwerfen. Von den anwesenden Sozialdemokraten wagte keiner das Wort zu ergreifen. Der Verlauf der Antikriegskundgebung zeigte, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei auch in Striegau im Wachsen begriffen ist.

Tausend marschieren in Neusalz auf

Die Kommunistische Partei in Neusalz rief zur Antikriegskundgebung auf. Etwa 1000 Werktätige folgten dem Rufe. Genosse Ziaja-Berlin referierte. Seinen Ausführungen zollten die Anwesenden wiederholt Beifall. Einige faschistische Störenfriede wurden von den Teilnehmern zurechtgewiesen und zum Schweigen gebracht. Mit einem dreifachen „Rot-Front!" gelobten die anwesenden Arbeiter, zusammenzustehen im Kampfe gegen alle Unterdrücker. Nach der Kundgebung wurde in der Stadt eifrig diskutiert. Allgemein konnte man Zustimmung zu den kommunistischen Losungen hören.

Görlitz

Großfeuer

In Ostritz brach infolge Brandstiftung auf dem Gut des Besitzers Hanke Feuer aus, dem das Wirtschaftsgebäude, die Ställe und das Gedingehaus zum Opfer fielen. Alle Vorräte und Maschinen sind ein Raub der Flammen geworden.

Bunzlau

Waldbrand

Bei Tillendorf entstand durch eine achtlos weggeworfene brennende Zigarette ein Waldbrand, der noch rasch eingedämmt werden konnte.

Gegen die Eingemeindung Tillendorfs

In einem neuerlich gefaßten Beschluß hat der Magistrat von Bunzlau sich mit Mehrheit gegen die Eingemeindung Tillendorfs ausgesprochen.

Goldberg

Ein Kind überfahren. Am Sonntagnachmittag lief auf der Dorfstraße in Adelsdorf das dreijährige Kind des Herrn Dobrizikowsky in ein langsam vorüberfahrendes Auto. Es wurde so unglücklich überfahren, daß es erheblich verletzt in das Goldberger Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Lauban

Wohnhaus und Scheune niedergebrannt

Im Anwesen des Handelsmanns Fischer in Vogelsdorf brach Feuer aus, das das Wohnhaus und die angrenzende Scheune vernichtete. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Kälberdrillinge. In Wünschendorf warf eine Kuh der Stellenbesitzerin Wittig drei Kälber, die alle munter sind.

Aus dem Riesengebirge

Ueberfälle auf Frauen

Im Lomnitzkessel am Hoferweg wurden nachmittags zwei Frauen von einem Mann angehalten und zur Herausgabe ihrer Barschaft gezwungen. Da er sich mit dreißig Mark begnügte, die die eine Frau bei sich hatte, gab er der anderen ihre Geldtasche mit Inhalt zurück.

Werbt für die „Arbeiter-Zeitung"!

Oberschlesien

Kampf gegen den Krieg geht gesteigert weiter

Antikriegskonferenz der KJVD. in Hindenburg

Der KJVD. rief für Sonntag die Vertreter der oberschlesischen Jungarbeiterschaft zu einer Antikriegskonferenz zusammen. In der Konferenz, die in Hindenburg stattfand, waren 44 Delegierte aus den Betrieben und verschiedenen Orten Oberschlesiens anwesend. Die Zusammensetzung war: 29 Mitglieder des KJVD. und 15 parteilos. Einige Vertreter aus Polen nahmen an der Konferenz teil.

Nach der Begrüßung durch den Vertreter Polens und den Vertreter der KPD. sprach der Vertreter des KJVD. über die Frage des Krieges und die Aufgaben der Jungarbeiterschaft. In seinem aufschlußreichen Referat zeigte der Referent die Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie auf, ging besonders auf Oberschlesien ein und gab ein Bild über die Militarisierung der Jugend in den Betrieben und der faschistischen Organisationen. Diese Aufzeigungen müssen die Jungarbeiterschaft mahnen, mit erhöhter Aktivität an die Organisierung der Gegenoffensive heranzugehen. Der Anfangspunkt im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen liegt im Betrieb. Dort müssen sich die Jungarbeiter zusammentun, revolutionäre Jungarbeiter-Vertrauensleute wählen und den Kampf gegen Strafen, die Zwangseinreihung in die faschistischen Organisationen aufnehmen und weiter steigern.

Das mit Beifall aufgenommene Referat löste eine lange und sehr gute Debatte aus. Alle Diskussionsredner hießen die Maßnahmen, die ihnen der KJVD. vorgeschlagen hat, für gut und berichteten aus ihren Betrieben, aus ihren Orten, aus den faschistischen Organisationen, in die man die Jungarbeiter hineinsteckt und militärisch erzieht. Von der Guidogrube sagte der Jungarbeiter, wie sich die Faschisten an die Jugend heranmachen, und wie aber jetzt schon die Jugend anfängt, dagegen zu rebellieren, weil sie merkt, was hinter diesen Organisationen steckt. Der Jungarbeiter vom Borsigwerk schilderte die Schikanierung der Lehrlinge. Wegen eines Knopfes wird der Lehrling gemaßregelt. Die Meister und Ingenieure zwingen die Lehrlinge in die faschistischen Organisationen. Auf dem Sportplatz werden die Lehrlinge militärisch ausgebildet. Jetzt müssen die Lehrlinge nach der Arbeit einen neuen Sportplatz bauen. Ein Dr. Konrad macht in der Schule eine Sowjethetze und propagiert den Krieg. Anschließend spricht der Vertreter der polnischen Jungarbeiter. Seine polnisch gesprochenen Ausführungen, die zwar von vielen verstanden, aber doch noch übersetzt wurden, zeigen das große Elend und die Verfolgungen der Arbeiterschaft auf und finden großen Beifall.

Von der Herminenhütte spricht der Vertreter, daß dort der Pfadfinderbund sein Domizil hat. Obwohl die Lehrlinge während der Arbeit mit „polnische Schweine, Ochsen usw." beschimpft werden, müssen sie in diesen Pfadfinderbund, wo sie Handgranatenwerfen üben und Geländeübungen machen. Ein polnischer Jungarbeiter, der hier arbeitet, berichtet über das polnische Militär. Er zeigt auf, wie die polnischen Arbeiter und das Militär gegenseitig verhetzt werden und gibt einige Manöverszenen wieder, bei denen sich das polnische Militär gegenseitig ernstlich geschlagen hat. Ihm folgt ein Jungarbeiter der Preußengrube. Dort ist der Oberaufseher der Jugendlichen ein Landesschützenführer, der seine Stellung für diese faschistische Organisation ausnutzt. Vom Georgschacht berichtet der junge Kollege, daß sich jetzt schon der Ingenieur Pust erlaubt, die Kumpels strammstehen zu lassen. Hermannschacht, da beleuchtet der Jungarbeiterdelegierte die gesteigerte Ausbeutung der Jungarbeiter bei weniger Lohn. Von der Ludwigsglückgrube gibt ein Jugendgenosse einen Bericht über die Folgen der Ausbeutung. Am 20. Juli ereigneten sich dort bei der Tagschicht elf Unfälle; davon verlief einer tödlich. Auf der Abwehrgrube werden die polnischen Arbeiter besonders ausgebeutet. Die sozialen Einrichtungen der übrigen Arbeiter läßt man sie nicht genießen. Aus der Borsigwerkhölle berichtet ein Jugendlicher, daß dort kürzlich ein Geselle einen Lehrling mit einem Spieß gestochen hat, ohne daß diesem Gesellen etwas geschah.

Aehnlich berichten noch die anderen Jungarbeiter. Ueberall Ausbeuter Jungarbeiter bei weniger Lohn. Von der Ludwigsglück-Betrieb die militärische Heranbildung der Jugend. Der Referent faßte in seinem Schlußwort die Ergebnisse der Diskussion zusammen und forderte nochmals die Jungarbeiter auf, mit gesteigerter Kraft in den Betrieben an die Arbeit zu gehen. Als nächste Aufgaben stehen vor der Jungarbeiterschaft:

Bildung und Zusammenfassung der Jugendvertrauensleute in jedem Betrieb,

Schaffung von Schülerräten in den Fortbildungsschulen,

Gründung von antifaschistischen jungen Garden in den Betrieben,

Der Kampf gegen den Verfassungsrummel, weil dieser das nächste Glied in der Kette der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie darstellt.

Die ausgeschlossenen Eisenbahner kämpfen für die Einheit

Am Sonntag versammelten sich in Gleiwitz die aus dem Einheitsverband der Eisenbahner ausgeschlossenen Kollegen. Die Ausgeschlossenen, Mitglieder der KPD. und Parteilose, besprachen bei dieser Zusammenkunft ihre weiteren Maßnahmen im Kampfe gegen den Spaltungskurs der Reformisten und Maßnahmen zur Bessergestaltung des Lebensniveaus der Eisenbahnerschaft. Am Ende der Besprechung, die praktische Maßnahmen im Kampfe der Ausgeschlossenen festlegte, wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Trotzdem sich die wirtschaftliche Lage für die Eisenbahner in Deutschland und auch in Oberschlesien täglich verschlechtert, unternimmt die Verbandsbürokratie im Einheitsverband der Eisenbahner nichts, um die Lage der Eisenbahner zu bessern. Statt den Kampf gegen die Verwaltung der Reichsbahn um Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen aufzunehmen, gehen die Reformisten dazu über, die oppositionellen Kollegen, die sich für die Interessen der Eisenbahner einsetzen, aus der Organisation auszuschließen. Die ausgeschlossenen Kollegen erklären, daß sie den Kampf gegen die Verwaltung der Reichsbahn und die Spalter der Eisenbahnerbewegung, die Reformisten, trotz Ausschluß aus der Organisation ununterbrochen weiterführen werden. Gemeinsam mit den noch im Einheitsverband organisierten Kollegen werden wir einen Kampf um die Wiederaufnahme in die Organisation führen. Der Kampf gegen den Reformismus und den Kapitalismus ist die Voraussetzung zur Erlangung besserer Lebens- und Existenzbedingungen der Eisenbahner. Allen noch im Einheitsverband der Eisenbahner organisierten Kollegen rufen die Ausgeschlossenen zu, ihren Kampf voll und ganz zu unterstützen."

Gleiwitz

Die Kläglichkeit selbst

Am Sonnabend kündigte hier marktschreierisch die SPD. eine große „Nie-wieder-Krieg"-Kundgebung an. Aber wie kläglich war dieser Antikriegsscherz der SPD. Mit großer Verspätung marschierten vom Krakauer Platz 159 Menschen mit Fackeln unter dem Gespött der Arbeiter los. Der Zug setzte sich zusammen aus 17 Reichsbannermitgliedern, 120 Frauen, ein paar vollgefressenen Bonzen, einer bürgerlichen Zylinderkapelle, einem Aufgebot Schupo, und der Rest bestand aus Kindern und Jugendlichen. Pazifistische Phrasen auf den zwei Transparenten, und das war alles. Nach der Schreibweise des „Volksblattes" war dieser Aufzug die „Kläglichkeit selber".

Unveränderte Lage am Gleiwitzer Arbeitsmarkt

Nachdem in den letzten Wochen wieder ein langsames, aber stetiges Steigen der Arbeitslosenzahl in Gleiwitz zu verzeichnen war, brachte die letzte Berichtswoche eine Verringerung; die Zahl der Arbeitslosen konnte um 12 reduziert werden, so daß nach Abzug der 242 getätigten Vermittelungen seitens des Gleiwitzer Arbeitsamtes noch 3159 Arbeitsgesuche vorlagen. Die gemeldeten 56 offenen Stellen im Bergbau konnten restlos besetzt werden. Betrachtet man die Zahlenübersicht des Wochenberichtes, so ergibt sich, daß die Gruppe für Metallverarbeitung und Industrie die Höchstzahl der Arbeitslosen aufzuweisen hat und daß gegenüber der Vorwoche 12 Arbeitslose hinzugekommen sind. An zweiter Stelle rangiert die Gruppe der Lohnarbeit wechselnder Art mit 743. Unverändert ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Kaufleute; die Zahl der Stellungslosen in der Gruppe der kaufmännischen und Büroangestellten betrug 541; rechnet man die Techniker (ohne Zahntechniker) mit 101 und die des Verkehrsgewerbes mit 154 hinzu, dann beträgt die Gesamtzahl 796, die gegenüber der Vorwoche um 1 gestiegen ist. Im Baugewerbe gibt es noch 176 Stellungslose. Der amtliche Bericht besagt folgendes: Beim Arbeitsamt Gleiwitz ist gegenüber der Vorwoche eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Vorgemerkt sind insgesamt 3159 (2863 männliche und 294 weibliche) Arbeitslose. Hiervon werden 1634 (1362 männliche und 272 weibliche) Personen von der Arbeitslosenversicherung und 372 (350 männliche und 22 weibliche) Arbeitslose von der Krisenfürsorge betreut. Die Zuschlagsunterstützung erhalten 1850 Familienangehörige. Zur Vermittelung gelangten 139 männliche und 47 weibliche Arbeitslose.

Cosel

Die kapitalistische Wohnungswirtschaft

A. K. Durch die Wohnungswirtschaft allein, ist schon das unfähige kapitalistische System gekennzeichnet. Wenn Landräte, Direktoren und Bürgermeister und andere Bourgeois über eine Wohnung von zehn bis dreißig Zimmer verfügen, und Arbeiter in feuchten Löchern hausen müssen, finden es diese Herren ganz in der Ordnung. Die bürgerliche Pressemeute bejubelte die angeblichen Arbeiterwohnungen, die in Cosel gebaut wurden. Als dieselben fertig waren, stellte sich eine Wohnung auf 30 Mk. Miete, Licht- und Wassergeld nicht einbegriffen. Wer keine sichere Existenz nachweisen konnte, erhielt keine der genannten Wohnungen. Auf der Bahnhofstraße wurde das städtische Familienhaus mit prunkvollen Doppelschaufensterläden gebaut. Da die Bahnhofstraße keine Geschäftslage hat, stehen drei dieser Läden unvermietet. Für solche Bauten wird das Geld verschleudert, doch Arbeiterwohnungen werden nicht gebaut. Das ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Arbeiter, wie lange noch?

Beuthen

Na, daß es bloß keine Kinder gibt

Die „Ostdeutsche Mottenpost" berichtet freudestrahlend, daß die vielen Störche am Sonntag ausgerechnet über ihrem Gebäude kreisten. Hoffentlich haben die Störche keine Babys mitgehabt und davon welche in der Redaktion der „Mottenpost" fallen gelassen. Zu befürchten wäre so etwas schon bei diesem Blatt.

Neustadt

Verfassungsrummel wird vorbereitet

Freie Turnerschaft macht nicht mit

A. K. Ein groteskes Bild erhält man, wenn man einen Vergleich der vor- und diesjährigen Verfassungsfeiern macht. In vergangenen Jahren machte immer nur das Reichsbanner und die SPD. den Verfassungsrummel. Die SPD. ist total auf den Hund gekommen, das Reichsbanner ist so weit, daß der Parteisekretär Paschek a und der Ehrenvorsitzende und Scharfmacher in Textilarbeiterkampf, Pinkus, mit den Instrumenten der ehem. k. und k. Reichsbannerkapelle auf Spielmöpse und Mannschaften warten. Schon das letzte Jahr war eine große Verfassungsplete. Der Ring, der großartig abgesperrt wurde für den mächtigen Verfassungszug von 59 Männlein, Weiblein und Kindern, mußte bald freigegeben werden, weil der ganze Klamauk doch zu dürftig aussah.

Die Kommunistische Partei kann dagegen feststellen, daß ihr ideologischer und organisatorischer Einfluß in Neustadt immer größer wird. Erst waren die Kommunisten nur ein kleines Häuflein, von der SPD. verhöhnt und verlacht. Heute ist es umgekehrt.

Für dieses Jahr zum Verfassungsrummel hat man durch Schließen einer Einheitsfront mit der Reaktion einem kläglichen Ende vorgebeugt. Oberschlesischer Spiel- und Eislaufverband. Deutsche Jugendkraft, Landesschützen, Deutsche Turnerschaft, Oberschlesischer Fußballbund und Leichtathletikverband, Kraftsportverein Eiche, Marinejugend, Radfahrerverein und anderes Gesox wird mit den kirchlichen Kongregationen nun aufmarschieren. Das Reichsbanner ist nicht mehr erwähnt, weil es nicht mehr existiert.

Die Freie Turnerschaft hat abgelehnt, diesen Rummel mitzumachen. (Bravo!)

Die Reichswehr wird diesen Rummel ebenfalls durch Konzert und Zurverfügungstellen des Exerzierplatzes unterstützen.

Wie 1914 wird also die „Einigkeit" wieder zusammengeleimt. Es geht gegen Sowjetrußland, und da wird durch den Verfassungsrummel nach Wilhelms des Ausreißers Spruch: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" verfahren. Arbeiter und Arbeiterinnen, beteiligt euch nicht an diesem Rummel! Euer Platz ist bei der Kommunistischen Partei!

Patschkau

Antikriegskundgebung

Am Sonntag veranstaltete hier die Kommunistische Partei eine Antikriegskundgebung auf dem Ring. Für den Ort war die Beteiligung eine sehr gute. Ein Vertreter der KPD. sprach unter dem Beifall der versammelten Arbeiter. Anschließend fand noch eine Demonstration statt. Die Arbeiter bewiesen durch diese Kundgebung, daß sie auch hier gemeinsam mit der KPD. gegen den imperialistischen Krieg kämpfen.

Oppeln

Reichswehr will nicht gestört sein

Ueber den alten Exerzierplatz der Reichswehr führt ein öffentlicher Verbindungsweg von der Malapaner Straße nach dem Grenzweg Kgl.-Neudorf. Dieser Weg führt an den Schießständen vorbei. Da die Reichswehr befürchtet, in ihrem Treiben gestört zu werden, hat das Heeresunterkunftsamt den Antrag gestellt, den Weg zu sperren. Jahrelang war die Reichswehr durch diesen Weg nicht gestört. Warum jetzt auf einmal?

Wichtige Versammlung im alten Schützenhaus

Am Freitag, dem 9. August, 19.30 Uhr findet im alten Schützenhaus eine Versammlung statt, die sich mit der Anschaffung einer neuen Schalmeienkapelle befassen wird. Eingeladen sind dazu alle Zeitungsleser, welche bereit sind, durch einen finanziellen Beitrag oder durch sonstige Unterstützung der Sammlung nach Kräften an der Schaffung einer eigenen proletarischen Kapelle helfen zu wollen.

Ein guter Anfang

Der Vorschlag, eine neue Schalmeienkapelle anzuschaffen, hat bereits praktische Unterstützung gefunden. Die Notstandsarbeiter der Firma Bäumer u. Lösch sammelten an einem Löhnungstage über 30 Mark.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 8. Aug. 9.30: Schulfunk. Einl. und verb. Worte: Studienrat Bille. Klavier: E. Poplewski. ● 16.30: Neue Tänze. Funk-Jazzorchester. ● 18: Bücherstunde. ● 18.30: Revierverwalter Mehwald: Die ideelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Jagd. ● 18.55: P. Martwald-Caro: Wie es auf Deutschlands größtem Dampfer aussieht. ● 19.25: H. Peudert: Friedrich Lienhard zum Gedächtnis. ● 19.50: E. Zimmer: Gewerkschaft und Körperkultur. ● 20.15: Volkstümliches Konzert. Schmeling: Marsch der norwegischen Jäger. — Zimmer: Vivat academia. Ouvertüre. — Wagner: Freiheitsmarsch der Römer aus „Rienzi". — Meyerbeer: Fackeltanz B-dur. — Percy: Marrakesch. Afrikanische Fantasie. — Tscherkoff: Tanzsuite. — Pradier: La Paloma. — Merling: Drei elsässische Bauerntänze. — Komzak: Lustiges Marsch-Potpourri. — Strauß: Schallwellen. Walzer. Musikkorps des 3. Batl. 7. Preuß. Inf.-Regts. ● 22.30: Tanzmusik des Funk-Jazzorchesters.

Sie verdienen täglich 10 Mark mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter, Roßhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Rechts- u. Steuer-beratung
Renten-, Straf-, Ehesachen usw.
Rechtsauskünfte
Lohnsteuer-Erstattungsanträge für 1928
werden sachgemäß und billig erledigt
bei
Rudolf Dux
Waldenburg
Ring 2
(Eingang am Zeitungsstand)

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenauflagen
prompt und preiswert
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50

Bekanntmachung!

Die für Donnerstag, den 8. August 1929 festgesetzte

Pfänder-Versteigerung

findet nicht statt.

Gemeinnütziges Pfandleihhaus
der Stadt Breslau, GmbH.
Emmes, Direktor

Ueberall erhältlich — Ueberall erhältlich
Quabis-Brot
macht Wangen rot
Ueberall erhältlich — Ueberall erhältlich

Knut Hamsun / Von Fritz Rück

Die Wirkung des norwegischen Dichters Knut Hamsun ging mehr in die Tiefe als in die Breite. Er bildet eine Richtung der Literatur für sich, die Verbindung des realistischen Elements mit dem psychologischen und romantischen macht ihn, der am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts seine ersten großen Erfolge sah und der die Besten der heranwachsenden Jugend des zwanzigsten Jahrhunderts aufs stärkste beeinflußte, zu einer eigenartigen und doch aufs tiefste fesselnden Erscheinung der Literatur.

Wer niemals mit glühenden Backen Knut Hamsuns „Hunger" gelesen hat und dabei alle Qualen des Hungers selbst mit empfand, wer nicht herumgelaufen ist und von diesem eindringlichsten aller Bücher der letzten fünfzig Jahre besessen war, so lange, bis er den Inhalt verdaut hatte, der kennt Knut Hamsun nicht und der weiß nicht, wie lebendig und erschütternd ein Buch, ein einfaches Buch sein kann. Die Erzählungen und Romane dieses vielgewanderten Mannes sind so einfach und von der schlichten Selbstverständlichkeit der Natur und enthalten doch alle Gegensätze des menschlichen Lebens und Tuns, alle Verstrickungen der Leidenschaften und die Motive, aus denen sie sich mit innerer Notwendigkeit ergeben. Seine Gestalten haben etwas von der unbedingten Herbe klassischer Plastiken und sind doch erdgeboren und mit der Feinheit impressionistischer Einfühlungskunst gezeichnet.

Knut Hamsun lehrt uns, einfach zu sein. Nichts liegt ihm weniger als pathetische Gebärden, er ist ein Einzelner, der sich vor sich schämt, wenn er andere Mittel anwenden sollte als seine kraftvolle Innigkeit. In seinen Reisebüchern verbirgt er seine großen Kenntnisse und die scharfe Auffassungsgabe in leichten, lächelnden Plaudereien, er spielt mit sich selbst wie mit einer Puppe und ist doch in jedem Moment der ernste, gereifte Mann, dessen Urteil Hand und Fuß hat, auch dort, wo man es nicht teilen wird.

Knut Hamsun kennt die Not und die Sorge um das tägliche Brot, es gab eine Zeit, wo sie ihn selbst folterte. In ihm ist eine innere Verbundenheit mit allen, die sich mühselig durchs Leben plagen und seine Helden sind einfache Leute, denen von Jugend auf nichts geschenkt wurde, die sich alles erkämpfen mußten, was sie besitzen — und wieder verlieren. Dem organisierten Kampf der proletarischen Massen steht er fremd gegenüber, er ist ein einzelner geblieben und seine Kunst ist ihm Weltanschauung und Auswirkungsmöglichkeit für die starken kämpferischen Instinkte, die in ihm sind. Und doch ist er kein Literat, der über der Masse steht. Sein Blick ist aufs einzelne gerichtet, auf die Persönlichkeit in der unterdrückten und herrschenden Kreatur, und dabei läßt er keinen Zweifel darüber zu, daß er auf der Seite der Unterdrückten steht.

Die Erlebnisfähigkeit dieses sensiblen Dichters ist beispiellos. In unserem Zeitalter der Rekorde und großen Ereignisse, das zur Oberflächlichkeit und Blasiertheit erzieht, wirken Knut Hamsuns Schilderungen wie die feinste mittelalterliche Ziselierarbeit, die aus stärkster Versenkung ins Werk den dauerhaftesten Eindruck hinterlassen. Er ist das Gegenteil des Reporters, der von allem den äußeren Eindruck erhascht und durch Wiedergabe der blendenden Aeußerlichkeiten Plakatwirkung erzielt, die auffällt und rasch wieder erlischt. Er gibt den inneren Eindruck, den Stimmungsgehalt eines Erlebnisses, einer Landschaft, eines Menschen und zwingt mit leisen, aber starken Mitteln, ihm zu folgen. So erzieht er beim Lesen dazu, durch den Schein der Dinge das Wesen zu erkennen und zu suchen, eine Eigenschaft, die gerade für den Revolutionär von größter Bedeutung ist. Denn nirgends ist eine größere Gefahr, an Stelle der Durchdringung des Wesens und Inhalts einer leeren Phraseologie zu verfallen, als in einer politischen Auffassung, die an bestimmte Traditionen und Ausdrucksformen gebunden ist. Die Erweiterung und Vertiefung des Gesichtskreises auf allen Gebieten ist eines der Mittel gegen jede Art von Verknöcherung. Knut Hamsuns Werke sind ein frischer, lebendiger Quell, aus dem jeder aktive Mensch Kräfte schöpfen kann.

Nazi-Führer französischer Spion!

Der Osaf (Oberste Sturmabteilungs-Führung der Nationalsozialisten), also der höchsten Instanz der NSDAP., gehörte bis zum März dieses Jahres auch ein gewisser Herr Hillebrand aus Berlin-Schöneberg an. Während der mehrjährigen Tätigkeit dieses sauberen Herrn, der früher militärische Posten in der Olympia und der Schwarzen Reichswehr bekleidet hatte, überschlug sich die gesamte nationalsozialistische Presse in überschwenglicher Weise vor Begeisterung über ihren „Meister Hillebrand". Seit längerer Zeit ist nun Herr Hillebrand aus Berlin verschwunden. Jetzt erfahren wir den Grund seiner Entfernung:

Der gefeierte Reichsspielleiter der NSDAP., intimer Vertrauter aller nationalsozialistischen Größen, Mitglied der Osaf, ist von den Behörden als Agent des französischen Spionagedienstes entlarvt worden und vor dem Zugriff des Oberreichsanwalts im letzten Moment nach Straßburg im Elsaß entflohen!

Das Brot ist teurer geworden!

Die Lebensmittelpreise bis zu 30 Prozent gestiegen

Das Lebensniveau der Arbeiterschaft wird, außer dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung, durch die ununterbrochen steigende Teurung herabgedrückt.

In den letzten zwei Monaten sind die Großhandelspreise für Roggen um rund 20 Prozent, von Weizen um rund 25 Prozent und Mehl gar um rund 27 Prozent gestiegen. Bereits ist das Brot wieder verteuert worden durch Herabsetzung des Gewichtes bei gleichem Preis.

Die Erhöhung der Roggenzölle um 20 Prozent ist bereits eingetreten; sie werden anfangs nächsten Jahres um weitere 20 Prozent steigen. Die Weizenzölle wurden gar um 30 Prozent heraufgesetzt und werden anfangs 1930 ebenfalls um weitere 20 Prozent erhöht werden. Damit diese Getreidezollerhöhungen aber auch im Mehl- und Brotpreis sich auswirken, werden die Mehlzölle um fast 50 Prozent heraufgesetzt. Der Butterzoll ist mit 50 Mark für den Doppelzentner fast verdoppelt worden; dasselbe gilt für die übrigen Molkereierzeugnisse. Die Einfuhr von Rindvieh und Rindfleisch wurde für die Zeit von August bis November vollständig verboten. Für die Ausfuhr von Vieh und Milchwaren, Geflügel, Eier, Gemüse, Obst und exportfähige Wurst- und Fleischwaren wurden in Form der Ausfuhrscheine besondere Prämien für die Großagrarier geschaffen, die im Ausland ihre Lebensmittelvorräte verkaufen, damit durch Verknappung des Inlandsmarktes in Deutschland die Lebensmittelpreise um so mehr in die Höhe klettern.

Ein Teil der neuen Zollerhöhungen ist bereits durchgeführt, ein anderer Teil wird erst in der nächsten Zukunft in Kraft treten. Die ersten Auswirkungen des neuen Zollwuchers treffen aufs schwerste die Arbeiterschaft, allgemein die werktätigen Konsumentenmassen. Dabei beginnen sich erst die Zollerhöhungen auf die Kleinverkaufspreise auszuwirken, diese werden vor allem in der Zukunft noch in die Höhe gehen.

Durch verlogene Demagogie hat die SPD. die Verantwortung für diesen Lebensmittelwucher von sich abzuwälzen versucht, indem sie bei einigen Abstimmungen im Reichstag gegen Zollerhöhungen stimmte. **Aber Tatsache ist, daß dieser Zollwucher von der Koalitionsregierung, ganz besonders von den sozialdemokratischen Ministern durchgeführt wird. Die Regierung einschließlich der sozialdemokratischen Minister hat sich für den neuen Zollwucher ausdrücklich eingesetzt. Darüber hinaus haben die sozialdemokratischen Vertreter im handelspolitischen Ausschuß die Verpflichtung der Mühlen, 30 bis 40 Prozent Inlandsgetreide zu vermahlen, gestimmt und diesen Antrag sogar mit eingebracht.** Das bedeutet, daß der Mehlpreis noch über die Zollerhöhung hinaus heraufgetrieben wird, während gleichzeitig die deutschen Arbeiter für einen teureren Preis qualitativ schlechteres Brot und Mehl erhalten.

Die SPD. war es auch, die **für die Ausdehnung der Ausfuhrscheine** auf die Erzeugnisse der Vieh- und Milchwirtschaft, Geflügel, Eier, Gemüse, Obst und exportfähige Wurst- und Fleischwaren eintrat. Die Koalitionsregierung ist es, die den **deutsch-schwedischen Handelsvertrag** zum nächsten Termin, Anfang 1930, gekündigt hat, damit dann die erhöhten autonomen Zollsätze von 7 Mark und 7,50 Mark je Doppelzentner für Roggen und Weizen in Kraft treten können. Die Koalitionsregierung ist es, die die Bestimmungen des deutsch-französischen Handelsvertrages kündigt, die der fast 50prozentigen Heraufsetzung der Mehlzölle im Wege stehen.

Die Shape

25 Pfg.

50 Pfg.

1 MARK

DER LADEN DER 3000 NOTWENDIGKEITEN

eröffnet morgen 15 Uhr in

Breslau, Friedrich Wilhelm-Str. 12, am Wachtplatz.

Jetzt Friedrich Wilhelm-Straße 12 und Ohlauer Straße 75